

BRÜSSEL AKTUELL

1/2023

16. Dezember 2022 bis 20. Januar 2023

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Digitaler Wandel I: Kommission schlägt Gesetz zur Interoperabilität vor

Am 21. November 2022 hat die EU-Kommission einen [Gesetzesvorschlag](#) für ein interoperables Europa vorgelegt. Ziel der Verordnung soll es sein, den digitalen Wandel voranzubringen, grenzüberschreitende Zusammenarbeit des öffentlichen Sektors zu fördern und einen sicheren grenzüberschreitenden Datenaustausch aufzubauen. Die Verordnung wird jetzt im EU-Parlament und im Rat beraten und soll Ende 2023 verabschiedet werden...

Digitaler Wandel II: Rat verabschiedet Plan für den Weg in die digitale Dekade

Nach dem Europäischen Parlament am 22. November 2022 hat auch der Rat der EU am 8. Dezember 2022 das [Schlüsselprogramm](#) „Weg in die digitale Dekade“ (Brüssel Aktuell 16/2021) angenommen. Dieses beinhaltet einen konkreten Durchführungsmechanismus, welches die Digitalziele der EU für 2030 umsetzen soll...

Cybersicherheit: Richtlinien zu digitalen und kritischen Infrastrukturen treten in Kraft

Am 16. Januar 2023 traten sowohl die Richtlinie über Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Cybersicherheitsniveau in der Union ([NIS-2-Richtlinie](#)) sowie die Richtlinie über die Resilienz kritischer Einrichtungen ([CER-Richtlinie](#)) in Kraft (Brüssel Aktuell 2/2021). Die NIS2-Richtlinie dient v. a. der EU-weiten Harmonisierung und Vereinheitlichung von Maßnahmen im Hinblick auf die Umsetzung von Cybersicherheitspflichten und soll zu einer Erhöhung der Cyberabwehrfähigkeit aller einschlägigen öffentlichen und privaten Sektoren beitragen...

Breitbandnetze: Neue Leitlinien für staatliche Beihilfen veröffentlicht

Am 12. Dezember 2022 verabschiedete die EU-Kommission die neuen und überarbeiteten [Leitlinien](#) für staatliche Beihilfen zur Förderung von Breitbandnetzen. Ziel der Überarbeitung ist es, durch den Ausbau von Breitbandnetzen den digitalen Wandel voranzubringen und bis zum Ende dieses Jahrzehnts eine Gigabit-Anbindung für alle Menschen in Europa und die Versorgung mit 5G zu gewährleisten. Die neuen Leitlinien setzen den Rahmen für die Prüfung entsprechender Beihilfemaßnahmen der Mitgliedstaaten...

Grüner Deal I: Kommission genehmigt deutsche Beihilferegulierung für Schnellladepunkte

Die EU-Kommission genehmigte am 14. Dezember 2022 die deutsche [Beihilferegulierung](#) zur Förderung des Ausbaus der Schnellladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge. Der Bund sieht damit die Errichtung von 8.500 Schnellladeeinheiten an 900 Standorten vor...

Grüner Deal II: Vorläufige Einigung zum Emissionshandel und Klima-Sozialfonds

Der [Rat](#) und das Europäische [Parlament](#) erzielten am 18. Dezember 2022 eine vorläufige Einigung über zwei grundlegende Vorhaben im Rahmen des „Fit-für-55“-Pakets: Zum EU-Emissionshandelssystem ([EHS](#)) und zum Klima-[Sozialfonds](#). Der Emissionshandel soll auf die Bereiche Gebäude und Verkehr (EHS II) ausgeweitet werden. Die Erlöse aus den Zertifikaten sollen mit dem Start im Jahr 2027 genutzt werden, um die Klimaziele in den Bereichen Gebäude und Verkehr zu erreichen. Im Falle von weiterhin hohen Energiepreisen soll das neue EHS-System erst ab dem Jahr 2028 starten...

Trinkwasserrichtlinie: Ende der Frist zur Umsetzung in nationales Recht

Am 12. Januar 2023 endete die zweijährige Übergangsfrist zur Umsetzung der [Richtlinie](#) 2020/2184 über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch, nachdem sie im Januar 2021 in Kraft getreten war. Die Richtlinie enthält umfassende neue Regelungen über die Qualität von und den Zugang zu Trinkwasser. Damit gelten in der EU nun die höchsten Qualitätsanforderungen an Trinkwasser im weltweiten Vergleich...

Luftqualität: EuGH-Urteil zu Schadensersatzforderungen

Am 22. Dezember 2022 hat der Gerichtshof der Europäischen Union ([EuGH](#)) mit [Urteil](#) in der Rechtssache C-61/21 entschieden, dass auf Grundlage u. a. des Art. 13 Abs. 1 der Richtlinie [2008/50/EG](#) über Luftqualität und saubere Luft für Europa sowie weiterer Vorschriften zu Grenzwerten und Luftqualitätsnormen (Richtlinie [80/779/EWG](#); Richtlinie [85/203/EWG](#); Richtlinie [96/62/EG](#); Richtlinie [1999/30/EG](#)) grundsätzlich kein Recht auf einen individuellen Schadensersatzanspruch für Bürger wegen Luftverschmutzung gegen den Staat bestehe...

Finanzhilfen: 612,6 Mio. € nach Naturkatastrophen für Deutschland

Das Europäische Parlament hat am 14. Dezember 2022 in Zusammenhang mit den Überschwemmungen im Juli 2021 Finanzhilfen bewilligt. Die Bundesrepublik Deutschland erhält daraus 612,6 Mio. € aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union ([EUSF](#)). Insgesamt wurden fast 720 Mio. € an europäischen Finanzhilfen an sieben Mitgliedstaaten verteilt. Der größte Anteil der Hilfen entfällt auf Deutschland...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Ländliche Entwicklung: Parlament verabschiedet Resolution

Am 13. Dezember 2022 verabschiedete das Europäische Parlament eine [Entschließung](#) zur „langfristigen Vision für die ländlichen Gebiete der EU“, welche die EU-Kommission im Juni 2021 in einer [Mitteilung](#) veröffentlichte (Brüssel Aktuell 12/2021). Anschließend wurde 2022 zur Erreichung „starker, vernetzter, resilienter und florierender ländlicher Gebiete bis 2040“ ein [Pakt](#) und eine damit verbundene [Konferenz](#) für den ländlichen Raum ins Leben gerufen (Brüssel Aktuell 12/2022). Das Parlament begrüßt in seiner Entschließung die Initiative der Kommission und unterstreicht die Bedeutung der ländlichen Gebiete, welche mehr als 80 % der Fläche der EU ausmachen...

Stadtentwicklung: Anmeldung zum Cities Forum in Turin möglich

Bis zum **27. Februar 2023** ist die [Anmeldung](#) zum 5. CITIES FORUM, welches vom 16. bis 17. März 2023 in Turin stattfindet, möglich. Es wird alle zwei Jahre von der Generaldirektion für Regionalpolitik und Stadtentwicklung organisiert, um die zentralen städtischen Akteure auf allen Ebenen zusammenzubringen. Inhaltlich liegt der Fokus auf integrierter und nachhaltiger Stadtentwicklung. Es geht ebenso um die städtische Dimension der Kohäsionspolitik wie um die Rolle der Städte bei der Umsetzung des europäischen Grünen Deals (Brüssel Aktuell 1/2020)...

Kultur: Arbeitsplan für Kultur 2023-2026 beschlossen

Der Rat für Bildung, Jugend, Kultur und Sport hat den neuen [Arbeitsplan](#) für Kultur für die Jahre 2023-2026 am 29. November 2022 beschlossen (zuletzt Brüssel Aktuell 20/2020). Der neue Plan legt vier Prioritäten sowie jeweils dazugehörige Maßnahmen fest. Ein Schwerpunkt in den kommenden vier Jahren wird auf der Unterstützung von Kunstschaffenden liegen. Ziel dabei ist die Stärkung der Resilienz der Kultur- und Kreativbranche. Weiterhin soll der Zugang zu Kultur erleichtert werden...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

EU-Ratspräsidentschaft: Prioritäten des schwedischen Vorsitzes

Am 1. Januar 2023 übernahm Schweden nach Tschechien für die nächsten sechs Monate turnusmäßig die [Präsidentschaft](#) im Rat der Europäischen Union (Brüssel Aktuell 13/2022). Aufbauend auf dem gemeinsamen [Programm](#) der Trio-Ratspräsidentschaft setzt Schweden mit seinem [Arbeitsprogramm](#) unter dem Motto „Ein grüneres, sicheres und freieres Europa“ eigene [Prioritäten](#)...

Mehrjähriger Finanzrahmen: Parlament fordert mehr Flexibilität

Das Europäische Parlament verabschiedete am 15. Dezember 2022 eine [Entschließung](#), die Forderungen über eine Verstärkung und Reform des aktuellen Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) der EU (2021 bis 2027) umfasst. Hauptanliegen der Mehrheit der Abgeordneten ist eine Reform des EU-Haushalts, damit die Union effektiver bei sich verändernden Bedürfnissen handeln und durch mehr Flexibilität auf Krisen reagieren könne. Dazu müssten auch Finanzierungslücken geschlossen werden, die seit Verabschiedung des laufenden MFR entstanden seien...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

URBACT IV: Aufruf für städtische Aktionsplanungsnetzwerke

Am 9. Januar 2023 wurde der aktuelle [Aufruf](#) für URBACT IV zu Aktionsplanungsnetzwerken veröffentlicht. Bis zum **31. März 2023, 15 Uhr** können Projektanträge eingereicht werden. [URBACT](#) ist ein Programm für europäische territoriale Zusammenarbeit zur Förderung nachhaltiger Stadtentwicklungskonzepte. Im September 2022 wurde das URBACT IV [Programm](#) der Förderperiode 2021-2027 verabschiedet (Brüssel Aktuell 16/2022)...

AMIF: Förderaufruf zur Integration von Migranten und Schutzsuchenden veröffentlicht

Die EU-Kommission hat einen [Aufruf](#) zur Einreichung von Vorschlägen zur Integration von Migranten und Schutzsuchenden veröffentlicht. Bis zum **16. Mai 2023** können sich Akteure der lokalen und regionalen Ebene auf den Aufruf bewerben. Die dafür vorgesehenen 40 Mio. € werden über den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) bereitgestellt...

Horizont Europa: Konsultation zu Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

Bis zum **23. Februar 2023** können Interessengruppen ihre Meinung in der öffentlichen [Konsultation](#) zu Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der EU-Forschungs- und Innovationsprogramme von [Horizont](#) 2020 und Horizont Europa im Zeitraum von 2014-2027 abgeben und so die strategischen Leitlinien für den Strategieplan von Horizont Europa 2025-2027 mitgestalten...

Europabüro der Bayerischen Kommunen – neuer Leiter

Sehr geehrte Leserinnen und Leser von *Brüssel Aktuell*,

mit Beginn des neuen Jahres 2023 gab es im Europabüro der bayerischen Kommunen einen Wechsel in der Leitung: Herr Nicolas Lux übernahm die Rolle des Leiters von Herrn Benedikt Weigl (*Brüssel Aktuell* 10/2020), der ab März 2023 für den Bayerischen Gemeindetag in München tätig sein wird. Im Laufe des Monats Januar erfolgt noch die persönliche Übergabe der Geschäfte zwischen Herrn Weigl und Herrn Lux.

Herr Lux hat zuvor von 2015 bis Ende 2022 im Brüsseler Verbindungsbüro der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, gearbeitet – zuletzt als Programm-Manager und Stellvertreter der Büroleitung. Er ist Politik- und Verwaltungswissenschaftler (M.A.) und hat während seines Studiums an der Universität Konstanz Auslandsaufenthalte in Paris und Toronto sowie einen Forschungsaufenthalt an der Ruhr-Universität Bochum im Rahmen des Projekts „Politisch-Administrative Elite“ absolviert. In den vergangenen Jahren veröffentlichte Herr Lux mehrere Fachartikel zu verwaltungswissenschaftlichen sowie zu außen- und sicherheitspolitischen Themen, moderierte eine Vielzahl an Experten-Gesprächen der SWP und sprach auf Paneldiskussionen.

Die von Herrn Lux verfassten Artikel in *Brüssel Aktuell* werden mit (NL) gekennzeichnet sein. Die Bürogemeinschaft freut sich über die Verstärkung und wünscht einen guten Start.

Positionspapier: Verordnungsvorschlag zur Wiederherstellung der Natur

Die EU-Kommission verabschiedete am 22. Juni 2022 einen [Verordnungsvorschlag](#) inkl. [Annex](#) zur Wiederherstellung der Natur. Sie unterstreicht die Notwendigkeit des Vorschlags zur Erreichung der Klima- und [Biodiversitätsziele](#) der EU bis 2030 und 2050. Dafür notwendige Wiederherstellungsziele und -verpflichtungen sollen sich bis 2030 auf 20 % der Land- und Meeresgebiete der EU und bis 2050 auf alle Ökosysteme erstrecken. Die kommunale Relevanz ist u. a. durch den Einbezug von städtischen Grünflächen gegeben. Die Europabüros der bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen haben sich gemeinsam mit dem DST, dem DStGB und der Region Frankfurt-Rhein-Main mit Empfehlungen an den zuständigen ENVI-Ausschuss im Europäischen Parlament gewandt (englische [Version](#); übersetzte [Version](#))...

Positionspapier: De-minimis-Vorschlag der Kommission

Die EU-Kommission veröffentlichte am 15. November 2022 ihren [Vorschlag](#) für eine neue De-minimis-Verordnung ab 2024 und startete gleichzeitig den dazugehörigen Konsultationsprozess. Der Vorschlag sieht eine Anhebung der Schwellenwerte aufgrund der Inflationsentwicklung vor. Statt bisher 200.000 € auf drei Jahre, sollen zukünftig 275.000 € auf drei Jahre als Schwellenwert festgesetzt werden. Die Europabüros der bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen haben sich erneut an der Konsultation [beteiligt](#) und weiterhin die Anhebung des Schwellenwerts auf mind. 600.000 € gefordert...

Positionspapier: Sondierung der Kommission zu DAWI-De-minimis-Beihilfen

Die EU-Kommission veröffentlichte am 12. Dezember 2022 eine [Sondierung](#) zur De-minimis-Verordnung für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI), deren Evaluierung 2019 begonnen hat. Auf der Grundlage der Ergebnisse beabsichtigt die Kommission u. a. die Prüfung, ob die freigestellten Beträge aus Gründen der Inflation angepasst werden sollten. Die Europabüros der bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen haben sich an der Sondierung [beteiligt](#) und fordern u. a. die Anhebung des Schwellenwerts auf mind. 1,5 Mio. € auf drei Jahre, statt bisher 500.000 € auf drei Jahre...

Das *Brüssel Aktuell*-Jahresverzeichnis 2022

Die fettgedruckten Zahlen verweisen auf die jeweilige *Brüssel Aktuell*-Ausgabe, der normale Text auf die Rubrik und der kursive Text auf den Titel des Beitrags...

BRÜSSEL AKTUELL

2/2023

20. Januar bis 3. Februar 2023

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Wettbewerbsfähigkeit: Kommission präsentiert Grünen Industrieplan

Am 1. Februar 2023 stellte die EU-Kommission ihren [Plan](#) (englischsprachig) für einen „Grünen Industrieplan“ (A Green Deal Industrial Plan for the Net-Zero Age) vor. Hiermit will sie die Wettbewerbsfähigkeit Europas erhöhen, den EU-Binnenmarkt stärken und im Zuge der Vorhaben zum Grünen Deal und REPowerEU die Wirtschaft im Übergang zur Klimaneutralität (CO₂-neutrale Industrie) unterstützen....

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

EFRE: Konsultation zur Evaluation des EFRE 2014-2020 eröffnet

Bis zum **12. April 2023** können sich Kommunen und andere Interessengruppen an der [Konsultation](#) der EU-Kommission zum Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) der vergangenen Förderperiode 2014-2020 beteiligen. Untersucht werden sollen in diesem Rahmen die Wirksamkeit, Effizienz und Auswirkungen der geförderten Investitionen, ihre Kohärenz mit anderen politischen Maßnahmen, ihre Relevanz und der EU-Mehrwert...

Soziales, Bildung und Kultur

Migration: Kommission legt neue Strategie für effektivere Rückführungen vor

Am 24. Januar 2023 legte die EU-Kommission eine neue operative [Strategie](#) (englischsprachig) für effektivere Rückführungen vor. Ziel ist dabei die Erhöhung der Anzahl an Rückführungen von Menschen ohne Bleiberecht in der EU. Konkret umfasst die Strategie gemeinsame Rückführungsaktionen in bestimmte Drittländer, die Förderung der Rückkehrberatung und Wiedereingliederung sowie die Digitalisierung des Rückkehrmanagements...

Soziale Sicherheit: Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland

Die EU-Kommission verschärft das Vertragsverletzungsverfahren gegen Bayerns Neuregelung zu Familienleistungen mit einer begründeten Stellungnahme. Durch das neue System von Familienleistung werden nach Ansicht der Kommission Unionsbürgerinnen und Unionsbürger diskriminiert und somit gegen die Vorschriften über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit ([Verordnung](#) (EG) Nr. 883/2004) und die Arbeitnehmerfreizügigkeit ([Verordnung](#) (EG) Nr. 429/2011) verstoßen (Brüssel Aktuell 21/2021)...

Horizont Europa I: Arbeitsprogramm 2023-2024 angenommen

Am 6. Dezember 2022 nahm die EU-Kommission das [Arbeitsprogramm](#) von Horizont Europa für 2023 - 2024 an (zuletzt Brüssel Aktuell 12/2022). Damit wird die EU in den kommenden zwei Jahren rund 13,5 Mrd. € in Forschung und Innovation investieren. Der Strategieplan 2021-2024 legt die übergeordneten Schwerpunkte des Programms fest. Die zweijährigen Arbeitsprogramme dienen der konkreten Umsetzung dieser Ziele. Das neue Arbeitsprogramm gliedert sich in zwölf Teile. Diese beinhalten jeweils konkrete Zielvorgaben sowie dazugehörige Aufrufe zur Einreichung von Forschungs- und Innovationsvorhaben...

Horizont Europa II: Aufruf zu klimaneutralen und intelligenten Städten

Im Rahmen der Mission „klimaneutrale und intelligente Städte“ von Horizont Europe hat die EU-Kommission drei Aufrufe veröffentlicht. Bei dem ersten [Aufruf](#) handelt es sich um eine Ausschreibung zur städtischen Begrünung und Renaturierung zum Zweck der Stadterneuerung, Resilienz und Klimaneutralität. Der zweite Aufruf gliedert sich in zwei verschiedene Themengebiete: zum einen wird die Mitgestaltung intelligenter Systeme und Dienste für eine nutzerzentrierte, [emissionsfreie Mobilität](#) in städtischen Gebieten unterstützt...

CERV: Förderaufruf für Städtenetzwerke

Ein Aufruf des EU-Aktionsprogramms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV) zur Förderung der Städtenetzwerke ist im „Funding & Tender Opportunities“-[Portal](#) der EU-Kommission gestartet (Brüssel Aktuell 10/2021). Bis zum **20. April 2023** haben Kommunen die Möglichkeit, Vorschläge im Bereich des bürgerlichen Engagements und der Teilhabe einzureichen...

Grüne Hauptstadt Europas 2025: Bewerbung bis Ende April möglich

Bis zum **30. April 2023** können sich Städte als „European [Green Capital](#)“ sowie für den „European [Green Leaf Award](#)“ 2025 bewerben. Die Auswahl erfolgt aufgrund einer Bewertung von sieben Umweltindikatoren: Luftqualität, Wasserqualität, Biodiversität und nachhaltige Landnutzung, Kreislaufwirtschaft, Lärmschutz, Klimawandelmilderung sowie Klimawandelanpassung...

In eigener Sache

Positionspapier: Verordnungsvorschlag zur Wiederherstellung der Natur

Wie in der letzten Brüssel Aktuell-Ausgabe (1/2023) berichtet, haben sich die Europabüros der bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen gemeinsam mit dem DST, dem DStGB und der Metropolregion FrankfurtRheinMain mit Empfehlungen zum [Verordnungsvorschlag](#) zur Wiederherstellung der Natur an den zuständigen ENVI-Ausschuss im Europäischen Parlament gewandt (englische [Version](#); übersetzte [Version](#))...

BRÜSSEL AKTUELL

3/2023

3. bis 17. Februar 2023

Umwelt, Energie und Verkehr

Grüner Deal I: ITRE nimmt Bericht zur Gebäudeenergieeffizienz an

Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie ([ITRE](#)) des EU-Parlaments hat am 9. Februar 2023 seinen [Bericht](#) zum [Vorschlag](#) der neuen Gebäudeenergieeffizienz-Richtlinie der EU-Kommission angenommen. Dem Text zufolge sollen alle neuen Gebäude ab 2028 und alle neuen Gebäude, die von Behörden genutzt, betrieben oder besessen werden, ab 2026 emissionsfrei sein (Art. 7). Alle neuen öffentlichen Gebäude sollten ab Inkrafttreten der Richtlinie mit Solartechnologien ausgestattet werden, und alle bestehenden öffentlichen Gebäude bis 2026, sofern sie technisch geeignet und wirtschaftlich machbar sind, während Gebäude, die einer größeren Renovierung unterzogen werden, dies bis 2032 tun müssen (Art. 9a)...

Grüner Deal II: Kommission legt Definition von erneuerbarem Wasserstoff vor

Die EU-Kommission hat am 13. Februar 2023 zwei delegierte Rechtsakte (englischsprachig) angenommen, um erneuerbaren Wasserstoff zu definieren. Diese stehen im Zusammenhang mit dem aktuellen Gesetzgebungsverfahren zur Erneuerbaren-Energien-Richtlinie (RED III). Mit dem ersten [Rechtsakt](#) wird der in der RED III dargelegte Grundsatz der Zusätzlichkeit für Wasserstoff definiert. Insb. müssen Elektrolyseure zur Erzeugung von Wasserstoff demnach an neue Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Quellen angeschlossen werden...

Biodiversität: Neuer Deal zum Schutz von Bestäubern

Am 24. Januar 2023 legte die EU-Kommission ihre [Mitteilung](#) „Ein neuer Deal für Bestäuber“ vor. Damit erkennt sie die Bedeutung von Bestäubern zur Sicherung der langfristigen Ernährungssicherheit und der Biodiversität an und reagiert auf den Rückgang von Bienen-, Schmetterlings- und Schwebfliegenarten. Die Initiative ist zentraler Bestandteil der [Biodiversitätsstrategie](#) für 2030 (Brüssel Aktuell 18/2020) und nicht zuletzt durch vermehrte Europäische Bürgerinitiativen wie z. B. [„Bienen und Bauern retten“](#) vorangetrieben worden...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Neues Europäisches Bauhaus: Kompass erschienen

Die EU-Kommission hat mit dem [Kompass](#) zum Neuen Europäischen Bauhaus (NEB, zuletzt Brüssel Aktuell 20/2022) einen Leitfaden für die NEB-Initiative vorgestellt. Die finanzielle Förderung von NEB-Projekten erfolgt u. a. über die Programme Horizont Europa und EFRE sowie durch Geldprämien im Rahmen von Auszeichnungen. Für Antragsteller und Behörden waren die Leitlinien des NEB bisher wenig konkret definiert. Mit dem Kompass soll diese Lücke nun geschlossen werden. Er ist Teil des [Fortschrittsberichts](#) (englischsprachig), der die Aktivitäten des NEB in den letzten zwei Jahren zusammenfasst...

Veranstaltungshinweis: Metropolregionen gestalten Transformation

Am 1. März 2023 veranstaltet der Initiativkreis Europäische Metropolregionen in Deutschland (IKM) von 09:30 Uhr bis 12:00 Uhr eine Veranstaltung zum Thema Metropolregionen und Transformation. Die europäischen Metropolregionen in Deutschland agieren auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene und gehen dabei kohäsionspolitische und transformatorische Herausforderungen mit innovativen Ideen an...

Regionalentwicklung: Handbuch zu Entwicklungsstrategien veröffentlicht

Im November 2022 veröffentlichte die EU-Kommission das [Handbuch](#) (englischsprachig) zur Förderung von integrierten städtischen und regionalen Entwicklungsstrategien. Das Handbuch bietet Unterstützung für lokale Behörden und weitere beteiligte Akteure bei der Konzeption und Umsetzung von Entwicklungsstrategien vor Ort. Dabei adressiert es in erster Linie nichtstädtische Gebiete. Es wurde federführend durch die Generaldirektion für regionale Entwicklung (REGIO) und der gemeinsamen [Forschungsstelle](#) der Kommission erstellt. Inhaltlich steht das Handbuch in Einklang mit der EU-[Kohäsionspolitik](#) 2021-2027...

Ausschuss der Regionen: Europäische Woche der Regionen und Städte 2023

Das Kickoff-Meeting für die 21. Europäische Woche der Regionen und Städte fand am 13. Februar 2023 statt. Die Europäische Woche wird vom 9. bis 12. Oktober 2023 unter dem Motto „flourierende Regionen, stärkeres Europa“ stattfinden. Anmeldungen werden im Sommer über die [Website](#) des Europäischen Ausschusses der Regionen ([AdR](#)) möglich sein, wo auch das finalisierte Programm zu finden sein wird...

Soziales, Bildung und Kultur

Migration: Schlussfolgerungen des Europäischen Rates und Debatte zu Migration

Am 9. Februar 2023 trafen sich die EU-Staats- und Regierungschefs zu einer außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates in Brüssel. Das Treffen zum Thema Migration wurde medial durch die Teilnahme des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj im Lichte des anhaltenden Angriffskriegs durch Russland geprägt. In diesem Zusammenhang beabsichtigen die EU-Spitzen, die Unterstützung für Vertriebene in der Ukraine, aber auch in der EU, zu verstärken (Rn. 12.). Dies soll u. a. eine flexible finanzielle Unterstützung für die Mitgliedstaaten beinhalten, um die Kosten bspw. für medizinische Versorgung und Bildung abzufedern. Neben den Themen wie Ukraine, Wirtschaft, zum westlichen Balkan sowie aktuell zum Erdbeben in der Türkei und Syrien einigte sich der Europäische Rat auf [Schlussfolgerungen](#) zur Migration...

Demografie und Talentförderung: Mitteilung der Kommission

Am 17. Januar 2023 veröffentlichte die EU-Kommission eine [Mitteilung](#) zum Thema „Talentschließung in den Regionen Europas“. Neben einer Analyse des Ist-Zustands wird ein Mechanismus zur Talentförderung vorgestellt, um u. a. mithilfe eines neuen Pilotprojekts Fachkräfte auszubilden, anzuwerben und zu binden. 46 Regionen mit insgesamt 16 % der EU-Bevölkerung sind von einem beschleunigten Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und einem niedrigen Niveau der tertiären Bildung stark betroffen...

EU-Behindertenausweis: Konsultation bis 5. Mai

Bis zum **5. Mai 2023** besteht die Möglichkeit, sich an der [Konsultation](#) zur Einführung eines europäischen Behindertenausweis zu beteiligen. Dieser hat zum Ziel, Menschen mit Behinderungen die Freizügigkeit in der EU gemäß Art. 21 AEUV zu erleichtern und ist Bestandteil der „[Strategie](#) für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021 – 2030“. Der in einem EU-Mitgliedstaat anerkannte Behindertenstatus soll künftig EU-weit gelten und vergünstigten Zugang zu Dienstleistungen grenzübergreifend ermöglichen...

Gesundheit: „Länderprofile Krebs“ veröffentlicht

Am 1. Februar 2023 veröffentlichte die EU-Kommission gemeinsam mit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die „Länderprofile Krebs“ der 27 EU-Mitgliedstaaten ([Deutschland](#)) sowie Norwegens und Islands. Die Berichte, die u. a. auf Basis nationaler amtlicher Statistiken erstellt wurden, werden im Rahmen des Europäischen [Registers](#) der Ungleichheiten bei der Krebsbekämpfung (Brüssel Aktuell 4/2022) veröffentlicht. Analysiert und verglichen werden die jeweilige nationale Krebsbelastung, Krebsrisikofaktoren, Früherkennungsprogramme sowie Leistungen der Krebsversorgung...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Wahlrecht: EU-Parlament für Erleichterungen bei Kommunalwahlen

Im Rahmen einer legislativen [Entschließung](#) verabschiedete am 14. Februar 2023 das Europäische Parlament Vorschläge, die Erleichterungen für mobile Unionsbürger:innen bei Kommunalwahlen bedeuten sollen. Zudem wurde eine zweite [Entschließung](#) zum Europawahlrecht verabschiedet. Neben einer vereinfachten bzw. automatischen Wählerregistrierung von Unionsstaatsangehörigen in den jeweiligen Aufnahmemitgliedstaaten (Art. 7 Abs. 3) oder der Bereitstellung von wahlrelevanten Informationen in einer der EU-Amtssprachen (Art. 13 Abs. 3 Unterabs. 1) wurde auch die Abschaffung der Möglichkeit, dass kommunale Wahlämter unter Umständen nur eigenen Staatsangehörigen vorbehalten bleiben können (Streichung Art. 5 Abs. 3), vom Parlament gefordert...

Digitaler Wandel: Instrumentarium für Prototyp für EUid-Brieftasche veröffentlicht

Am 10. Februar 2023 veröffentlichte die EU-Kommission das erste technische [Instrumentarium](#) für Prototypen für die EUid-Brieftasche. Das Instrumentarium resultiert aus dem im Juni 2021 veröffentlichten [Vorschlag](#) für eine europäische digitale Identität. Die EUid-Brieftasche soll europäischen Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen eine sichere und bequeme Möglichkeit bieten, sich zu identifizieren, wenn sie für den Zugang zu digitalen Diensten benötigt werden. Daten sollen für alle Arten von Dienstleistungen sicher zu speichern und zu nutzen sein, z. B. beim Einchecken am Flughafen, bei der Anmietung eines Autos, bei der Eröffnung eines Bankkontos oder beim Einloggen auf dem Konto auf großen Online-Plattformen...

Katastrophenschutz: EU stellt Ziele für die Resilienz des Katastrophenschutzes vor

Die EU-Kommission hat am 8. Februar 2023 eine [Mitteilung](#) und eine [Empfehlung](#) (beides englischsprachig) mit fünf Zielen zur Stärkung der Resilienz des Katastrophenschutzes veröffentlicht. Aufgrund der steigenden Risiken durch Naturkatastrophen sollen die Mitgliedstaaten auf Auswirkungen künftiger Notlagen besser vorbereitet sein und Katastrophen im Ernstfall besser bewältigen können. Die Ziele sind, die Antizipation, Risikobewertung und Planung des Katastrophenmanagements zu verbessern sowie die Vorsorge und das Risikobewusstsein der Bevölkerung zu stärken...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

Walter-Hallstein-Stipendium: Aufruf zur Förderung

Bis zum **30. April 2023** können sich Gemeinden, Städte und andere öffentliche Einrichtungen aus Baden-Württemberg für eine Förderung im Rahmen des Walter-Hallstein-[Programms](#) bei der Baden-Württemberg [Stiftung](#) bewerben. Unterstützt werden gemeinsame Projekte mit Verwaltungseinrichtungen im europäischen Ausland mit dem Ziel des Auf- und Ausbaus von Netzwerken und Partnerschaften...

BRÜSSEL AKTUELL

4/2023

17. Februar bis 3. März 2023

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Kohäsionspolitik und ARF: Analyse des Rechnungshofs und Mitteilung der Kommission

Am 19. Januar 2023 hat der Europäische Rechnungshof eine vergleichende [Analyse](#) zur EU-Finanzierung im Rahmen der Kohäsionspolitik und der Aufbau- und Resilienzfazilität ([ARF](#)) vorgelegt. Es werden Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen den beiden Instrumenten in Bezug auf Steuerung, Verwaltung, Durchführung und Überwachung beleuchtet. Während es sich beim ARF um ein befristetes Krisenbewältigungsinstrument handelt, das auf nationaler Ebene verwaltet wird, stellen die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) das wichtigste Werkzeug der EU zur Förderung der regionalen Entwicklung dar...

Wirtschaft: Winterprognose zur Entwicklung der Wirtschaft in der EU

Am 13. Februar 2023 veröffentlichte die EU-Kommission die [Winterprognose 2023](#) (englischsprachig) zur wirtschaftlichen Entwicklung in der EU und ihren Mitgliedstaaten in den Jahren 2023 und 2024. Mit dieser Prognose werden die in der letzten Herbstprognose (Brüssel Aktuell 18/2022) vorgestellten Entwicklungen des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und der Inflation aktualisiert...

Umwelt, Energie und Verkehr

Mobilität: Neuer Fahrplan für emissionsfreie LKW und Busse

Die EU-Kommission veröffentlichte am 14. Februar 2023 einen [Verordnungsvorschlag](#) (englischsprachig) zur Überarbeitung der aktuellen Verkehrsordnung aus dem Jahr 2019 ([EU/2019/1242](#)), um ab 2030 neue CO₂-Ziele für schwere Nutzfahrzeuge festzuschreiben. Neue Schwerlastfahrzeugflotten, u. a. LKW und Busse, müssen ihre durchschnittlichen Emissionen im Vergleich zu 2019 ab 2030 um 45 %, ab 2035 um 65 % und ab 2040 um 90 % reduzieren (Art. 3a)...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Kohäsionspolitik nach 2027: Neue Expertengruppe eingerichtet

Im Zuge der frühzeitigen Planung des nächsten Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) nach 2027 hat die EU-Kommission eine neue [Expertengruppe](#) für Kohäsionspolitik eingerichtet. Diese setzt sich aus Fachleuten der Bereiche Forschung, Politik und Zivilgesellschaft zusammen...

Migration: Kommission registriert Europäische Bürgerinitiative

Die EU-Kommission registrierte am 22. Februar 2023 die Europäische [Bürgerinitiative](#) „Gewährleistung einer menschenwürdigen Aufnahme von Migranten in Europa“. Die Kernforderung der Initiative betrifft die Erarbeitung eines neuen Systems für die freiwillige Verteilung von Geflüchteten in Europa, bei der der Aspekt der Solidarität stärker in den Fokus rücken soll...

Demokratie: Kommission veröffentlicht Konsultationen

Die EU-Kommission hat zwei Konsultationen zur Demokratie veröffentlicht. Diese beziehen sich auf die Erarbeitung einer [Mitteilung](#) zur Verteidigung der europäischen Demokratie und auf eine [Empfehlung](#) zum zivilgesellschaftlichem Engagement. Bis zum 13. April 2023 können lokale, regionale und nationale Behörden, Unternehmen, Organisationen der Zivilgesellschaft und Bürger:innen Ideen und Ansichten zu diesen Initiativen abgeben...

Whistleblower-Richtlinie: Kommission verklagt Deutschland vor EuGH

Die EU-Kommission [verklagt](#) Deutschland und sieben weitere EU-Mitgliedsstaaten vor dem Gerichtshof der Europäischen Union, da die am 16. Dezember 2019 in Kraft getretene Whistleblower-[Richtlinie](#) nicht bis zum 17. Dezember 2021 in innerstaatliches Recht umgesetzt wurde. Durch die Richtlinie soll ein umfassender Rechtsrahmen für den Schutz von Hinweisgebern geschaffen werden...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

RegioStars Awards 2023: Bewerbungen bis Ende Mai möglich

Bis zum **31. Mai 2023** können Träger besonders innovativer, EU-finanzierter Regionalprojekte ihre Bewerbung für die „RegioStars Awards 2023“ [online](#) (englischsprachig) einreichen. Detaillierte Angaben zum diesjährigen Wettbewerb finden sich in einem [Leitfaden](#)...

DiscoverEU: Aufruf zu Bewerbungen um kostenlose Travel-Pässe

Ab dem **15. März** bis zum **29. März 2023 (12 Uhr)** können sich Jugendliche im Alter von 18 Jahren aus einem EU-Mitgliedstaat oder einem mit [Erasmus+](#) assoziierten Drittland um einen kostenlosen Travel-Pass [bewerben](#). Die Initiative im Rahmen der Aktion DiscoverEU ermöglicht Jugendlichen, die zwischen dem 1. Juli 2004 und dem 30. Juni 2005 geboren sind, bis zu 30 Tage lang in Europa im Zeitraum vom 15. Juni bis 30. September 2023 zu reisen...

CERV-Programm: Aufruf „Europäisches Geschichtsbewusstsein“

Bis zum 6. Juni 2023 können Projektentwürfe zum europäischen Geschichtsbewusstsein im Aktionsbereich „Bürgerbeteiligung und Teilhabe“ des [CERV](#)-Programms eingereicht werden (Brüssel Aktuell 2/2023). Ein Projekt, dessen Laufzeit zwischen zwölf bis 24 Monaten beträgt, muss eine oder mehrere der folgenden Prioritäten einbeziehen...

BRÜSSEL AKTUELL

5/2023

3. bis 17. März 2023

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Kurzzeitvermietungen: Ratsposition verabschiedet und Diskussion im AdR

Der Rat der EU für Wettbewerbsfähigkeit verabschiedete am 3. März 2023 seine [allgemeine Ausrichtung](#) für die Verordnung über die Erhebung und den Austausch von Daten im Zusammenhang mit Dienstleistungen im Bereich der kurzfristigen Vermietung von Unterkünften und zur Änderung der Verordnung ([EU](#) 2018/1724...

Beihilferecht: Kommission nimmt Änderung der AGVO an

Die EU-Kommission hat am 9. März 2023 eine gezielte [Änderung](#) (englischsprachig) der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) angenommen. Gemeinsam mit dem neuen befristeten Rahmen zur Krisenbewältigung und zur Gestaltung des Wandels sollen die Regelungen im europäischen Beihilferecht an den Industriepfad zum Grünen Deal angepasst werden...

Umwelt, Energie und Verkehr

Grüner Deal I: Parlament verabschiedet Position zu Gebäudeenergieeffizienz

Das EU-Parlament hat in seiner Plenarsitzung am 14. März 2023 seine finale [Position](#) zum [Vorschlag](#) der Neufassung der Gebäudeenergieeffizienz-Richtlinie der EU-Kommission verabschiedet. Der von der kommunalen Familie geforderte Quartiersansatz wurde darin berücksichtigt (Art. 3a). Dem Text zufolge sollen alle neuen Gebäude ab 2028 und alle neuen Gebäude, die von Behörden genutzt, betrieben oder besessen werden, ab 2026 emissionsfrei sein (Art. 7)...

Grüner Deal II: Parlament verabschiedet weitere Vorhaben des „Fit-für-55“-Pakets

Das EU-Parlament hat in seiner Plenarsitzung vom 14. März 2023 weitere Vorhaben des „Fit-für-55“-Pakets verabschiedet. U. a. hat das Parlament die Änderung der [Lastenteilungsverordnung](#) angenommen. Durch die Überarbeitung der Lastenteilungsverordnung wird der Zielwert für die Verringerung der Treibhausgasemissionen bis 2030 für die gesamte EU von 30 % auf 40 % im Vergleich zu 2005 angehoben...

Mobilität: Kommission legt Maßnahmenpaket vor

Die EU-Kommission hat am 1. März 2023 neue Vorschläge zur Modernisierung der [Führerscheinvorschriften](#) (englischsprachig) vorgelegt sowie Vorschriften, welche die grenzüberschreitende Durchsetzung der [Verkehrsvorschriften](#) vereinfachen sollen. Die neuen Führerscheinvorschriften beinhalten u. a. eine intensivere Kontrolle der Fahrtauglichkeit (Art. 10), die Förderung des Konzepts des „begleitenden Fahrens“ (Art. 14) und eine mindestens zweijährige Probezeit für Fahranfänger:innen mit Null Toleranz bei Alkohol (Art. 15)...

Soziales, Bildung und Kultur

Migration: Rat für Justiz und Inneres und EU-Kommission zu aktuellen Entwicklungen

Nach den teils vagen Ankündigungen der Staats- und Regierungschefs bei der Sondertagung des Europäischen Rats am 9. Februar 2023 trafen sich die nationalen Minister:innen der Mitgliedstaaten am 9. und 10. März, um sich über innere und externe Aspekte der Migration auszutauschen. Die EU-Kommission kommunizierte unterdessen, wie die Massenzustrom-Richtlinie für ukrainische Geflüchtete ein Jahr nach Beginn des russischen Angriffskriegs in der Zukunft angewendet werden soll und wie Rückführungen von Ausreisepflichtigen durch einen integrierten Ansatz beschleunigt werden sollen...

Gleichstellung: Bericht 2023 über die Geschlechtergleichstellung

Die EU-Kommission veröffentlichte am 7. März 2023 den englischsprachigen [Bericht 2023](#) über die Geschlechtergleichstellung in der EU im Rahmen der [Strategie](#) für die Gleichstellung der Geschlechter 2020–2025 (Brüssel Aktuell 8/2021). Er präsentiert politische Entwicklungen und Maßnahmen zur Gleichstellungsförderung in den fünf von der Strategie abgedeckten Schlüsselbereichen:...

Lernmobilität: Bürgerforum im Rahmen der Konsultation eröffnet

Die EU-Kommission eröffnete am 3. März 2023 im Rahmen des [Konsultationsverfahrens](#) zum Thema Lernmobilität, das bis zum **3. Mai 2023** läuft, ein [Bürgerforum \(englischsprachig\)](#). In diesem Rahmen debattieren 150 nach dem Zufallsprinzip repräsentativ ausgewählte EU-Bürger:innen über die Zukunft des grenzüberschreitenden Lernens...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

Veranstaltungshinweis: EU-Fördermöglichkeiten für Kommunen

Wie können Städte, Gemeinden und Landkreise von EU-Förderprogrammen profitieren? Welche Voraussetzungen gilt es zu beachten und welche Themengebiete werden gefördert? Diese Fragen sollen am 24. März 2023 bei der Veranstaltung zu EU-Fördermöglichkeiten für Gemeinden, Städte und Landkreise, organisiert von der Region Stuttgart und der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH, geklärt werden...

Ausschuss der Regionen: Ausschreibung des Young Elected Politicians Netzwerks

Bis zum **10. April 2023** können sich kommunale Mandatsträger:innen für das Young Elected Politicians (YEP) Netzwerk des Ausschusses der Regionen (AdR) [bewerben](#). Diese müssen nach dem 1. Januar 1983 geboren sein. Das Netzwerk dient der Vernetzung mit anderen jungen europäischen Kommunalpolitiker:innen. Zudem werden Mitglieder des Netzwerks bei Veranstaltungen des AdR mit eingebunden und können im europäischen Gesetzgebungsprozess für die Regionen und Gemeinden der EU sprechen...

CERV-Programm: Aufruf für kommunale Partnerschaften

Die EU-Kommission veröffentlichte am 15. März 2023 einen [Aufruf](#) (englischsprachig) zur Einreichung von Vorschlägen für Städtepartnerschaftsprojekte im Rahmen des [CERV-Programms](#) (Brüssel Aktuell 4/2023). Einreichfrist ist der **20. September 2023**. Ziel ist die Unterstützung des Austauschs zwischen Bürgern verschiedener Länder zur Stärkung des gegenseitigen Verständnisses und für mehr Toleranz sowie zur Schaffung einer europäischen Identität. Zwei Prioritäten wurden für diesen Aufruf festgelegt:..

Europäische Innovationshauptstadt 2023: Bewerbungsaufruf gestartet

Bis zum **29. Juni 2023, 17 Uhr**, können Bewerbungen für die diesjährige Auszeichnung zur Europäischen Innovationshauptstadt (iCapital) eingereicht werden. Der vom Europäischen Innovationsrat ([EIC](#)) im Rahmen des EU-Programms „[Horizont Europa](#)“ ausgerichtete Wettbewerb verleiht Auszeichnungen in zwei Kategorien. In der Kategorie „[Europäische Innovationshauptstadt](#)“, für die sich Städte mit mindestens 250.000 Einwohnenden

bewerben können, werden die Gewinnerstadt mit 1 Mio. € und zwei Zweitplatzierte mit jeweils 100.000 € ausgezeichnet...

Förderprogramm LIFE: Evaluation 2014 bis 2020

Bis zum **24. März 2023** können sich u. a. kommunale Projektträger an einer [Umfrage](#) (englischsprachig) zur Evaluation des Programms LIFE im Zeitraum 2014 bis 2020 beteiligen. Mit dem seit 1992 bestehenden Programm werden Maßnahmen in den Bereichen Biodiversität, Umwelt- und Klimaschutz unterstützt, u. a. auch das Management von Natura-2000-Schutzgebieten. LIFE-Projekte sind nicht forschungs-, sondern umsetzungsorientiert und verfolgen langfristige Effekte...

Tag der offenen Tür der EU im AdR: Festival der Städte und Regionen

Am 6. Mai 2023 findet unter dem Thema „Frieden – Demokratie – Solidarität“ der interinstitutionelle Tag der offenen Tür der EU im Ausschuss der Regionen statt. Als ein „Festival der Regionen und Städte“ bietet dieser [Tag](#) Kommunen die Gelegenheit die Vielfalt der Kultur und Kompetenzen in Europa zu präsentieren...

In eigener Sache

Positionspapier: Behandlung von kommunalem Abwasser

Die Europabüros der Bürogemeinschaft haben ein gemeinsames [Positionspapier](#) zum [Vorschlag](#) der EU-Kommission über die Neufassung der Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser veröffentlicht. Grundsätzlich ist die Überarbeitung zu begrüßen, denn die kommunale Ebene ist sich ihrer Verantwortung zur Erreichung der Klima- und Umweltziele auch im Kontext des kommunalen Abwassers bewusst und investiert kontinuierlich in die Modernisierung kommunaler Abwasseranlagen...

Veranstaltungshinweis: Verordnung für ein interoperables Europa

Am **23. März 2023** findet von 8:30 bis 9:30 Uhr ein virtueller Morning Talk zur Verordnung für ein interoperables Europa statt. Diese soll den digitalen Wandel voranbringen, grenzüberschreitende Zusammenarbeit des öffentlichen Sektors fördern und einen sicheren grenzüberschreitenden Datenaustausch aufbauen...

BRÜSSEL AKTUELL

6/2023

17. bis 31. März 2023

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Aufbau- und Resilienzfähigkeit: Konsultation zur Halbzeitevaluierung 2020-2024

Bis zum **8. Juni 2023** können sich Kommunen und andere Interessengruppen an der [Konsultation](#) der EU-Kommission zur Aufbau- und Resilienzfähigkeit (ARF) beteiligen. Die ARF wurde im Februar 2021 mit der [Verordnung](#) im Rahmen von Next Generation EU (NGEU) eingerichtet, um die EU bei der Überwindung der Coronavirus-Krise zu unterstützen...

Umwelt, Energie und Verkehr

Mobilität: Empfehlung der Kommission für nationale SUMP-Umsetzungsprogramme

Die EU-Kommission hat am 8. März 2023 eine [Empfehlung](#) (inkl. Anhang) zu den nationalen Umsetzungsprogrammen für die Planung der nachhaltigen städtischen Mobilität angenommen. Diese Empfehlung richtet sich an die Mitgliedstaaten und reagiert auf die Unterschiede bei der Umsetzung und Anwendung des SUMP-Konzepts (Sustainable Urban Mobility Plan) in den Mitgliedstaaten. Sie fordert die Mitgliedstaaten mit der Empfehlung auf, dass diese je ein nationales Unterstützungsprogramm auflegen, um die betroffenen Städte bei der freiwilligen und künftig teils verpflichtenden Anwendung des SUMP-Ansatzes (in Zusammenhang mit Überarbeitung der Transeuropäischen Verkehrsnetze) zu unterstützen...

Kreislaufwirtschaft: Kommission schlägt Recht auf Reparatur vor

Durch den [Vorschlag](#) der EU-Kommission (englischsprachig) für eine Richtlinie über gemeinsame Vorschriften zur Förderung der Reparatur von Waren vom 22. März 2023 soll es für Konsumenten künftig einfacher und preiswerter werden, Waren reparieren zu lassen. Die Kommission sieht in ihrem Vorschlag neue Maßnahmen zur Förderung und Erleichterung von Reparaturen und die Wiederverwendung von Geräten vor...

Pestizide: Ausschuss der Region verabschiedet Stellungnahme

Der Ausschuss der Regionen (AdR) hat in seiner Plenarsitzung am 15. März 2023 seine [Stellungnahme](#) zum nachhaltigen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln verabschiedet, die auf den [Vorschlag](#) einer Verordnung der EU-Kommission reagiert (Brüssel Aktuell 12/2022). Insb. bzgl. der Anwendungsbereiche ist eine kommunale Betroffenheit gegeben, da u. a. der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in „empfindlichen Gebieten“ verboten werden soll (Art. 18). Diese umfassen u. a. öffentliche Parks, Freizeit- und Sportplätze, öffentliche Wege oder städtische Gebiete mit Wasserläufen (Art. 3, Ziff. 16). Darüber hinaus ist in den Mitgliedstaaten eine intensive Diskussion des Kommissionsvorschlags und u. a. der Rolle des Weinbaus geführt worden...

Umwelt: EU-Leitlinien für Primärwälder & Vorabbericht zu Trilogeinigung zu RED III

Am 21. März 2023 stellte die Umwelt-Generaldirektion der EU-Kommission neue [Leitlinien](#) (englischsprachig) für den Schutz von Primärwäldern und zur Wiederaufforstung vor. Dieses Dokument ist in einem Zusammenhang mit dem Europäischen Grünen Deal und der EU-Biodiversitäts-Strategie 2030 zu nennen (zuletzt Brüssel Aktuell 19/21). Primärwälder machten nur 4 % der Waldfläche in der EU aus, seien aber der Kommission zufolge aufgrund der dort vorkommenden Biodiversität (Artenreichtum) besonders schützenswert. Demzufolge zielen die Hauptansätze darauf ab, die Widerstandsfähigkeit (Resilienz) der Wälder gegen den Klimawandel zu stärken...

Just Transition Plattform: Konferenz im April

Vom 25. bis 27. April 2023 findet die Just Transition Plattform ([JTP](#)) Konferenz im hybriden Format in Brüssel statt. Die 2020 eingerichtete Plattform für **einen gerechten Übergang** begleitet EU-Mitgliedstaaten und betroffene Regionen beim Strukturwandel hin zu einer nachhaltigen und klimaneutralen Wirtschaft. Über die Plattform erfahren Behörden und Begünstigte Wissenswertes über Finanzierungsmöglichkeiten, regulatorische Neuerungen oder sektorspezifische Initiativen...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Kohäsionspolitik: Erneuerung und Konsultation der CohesionAlliance

Die im Oktober 2017 gegründete und beim Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR) angesiedelte Allianz für Kohäsionspolitik bzw. [CohesionAlliance](#) (CA) erneuerte sich im Oktober 2022 und bekräftigte im Rahmen einer [Erklärung](#) ihr Engagement für eine gestärkte Kohäsionspolitik. Gefordert wird, dass die Kohäsionspolitik als wichtigste Investitionspolitik der EU und als zentrales Instrument zum Abbau territorialer Ungleichheiten sowie zur Förderung von Solidarität und Integration fortbestehen muss und weiterhin auf den Grundsätzen der geteilten Mittelverwaltung sowie der Multi-Level-Governance fußen soll...

Regionalpolitik: Index für regionale Wettbewerbsfähigkeit 2022 veröffentlicht

Am 27. März 2023 veröffentlichte die EU-Kommission den Europäischen [Index](#) der regionalen Wettbewerbsfähigkeit 2.0 (englischsprachig; Regional Competitiveness Index, RCI; zuletzt Brüssel Aktuell 35/2019). Der Index beurteilt die Attraktivität einer Region sowohl für Unternehmen als auch für Bürger:innen. Die Auswertungen des RCI 2.0 beruht auf einer vollständig überarbeiteten Methodik mit insgesamt 68 ausgewählten Indikatoren und den drei Teilindizes „Basis“, „Effizienz“ und „Innovation“...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Ausschuss der Regionen I: Stellungnahme zur Änderung der Asbestrichtlinie

In der 154. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) am 16. März 2023 plädierten lokale Entscheidungsträger für strengere Vorschriften und mehr finanzielle Mittel für ein asbestfreies Europa. Die diskutierten Forderungen finden in der [Stellungnahme](#) des AdR, unter der Berichterstattung von Hanna Zdanowska, Ausdruck. Der Vorschlag der EU-Kommission zur Überarbeitung der [Richtlinie](#) zum Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Asbest am Arbeitsplatz wird grundsätzlich begrüßt...

Ausschuss der Regionen II: Abordnungsmöglichkeiten für nationale Sachverständige

Der Generalsekretär des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR), Petr Blížkovský, rief in einem [Schreiben](#) vom 22. März 2023 dazu auf, von den Abordnungsmöglichkeiten beim AdR für nationale Sachverständige Gebrauch zu machen. Der AdR bietet verschiedene Programme an, die Beamtinnen und Beamten aus öffentlichen Verwaltungen lokaler und regionaler Gebietskörperschaften einen Einblick in die Arbeit des AdR ermöglichen. Eine Abordnung beim AdR ist für einen Zeitraum von sechs Monaten bis maximal vier Jahren möglich...

Europawahl: Konsultation zu resilienten Wahlprozessen

Die EU-Kommission ruft zur Teilnahme an der öffentlichen [Konsultation](#) zu resilienten Wahlprozessen und zur Wahl zum EU-Parlament 2024 auf. Alle interessierten Kommunen, Personen, Organisationen und Interessensgruppen können ihre Positionen bis zum **13. April 2023** über das „Ihre Meinung zählt“-Portal einbringen. Hierzu plant die Kommission unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Konsultation im zweiten Quartal 2023 ein Maßnahmenpaket vorzulegen. Ziel dabei ist die Steigerung der Sicherheit, Integrität, Inklusivität und Resilienz bei Wahlen auf lokaler, nationaler und EU-Ebene...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

Digitales Europa I: Kommission startet Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen

Die EU-Kommission hat zwei Arbeitsprogramme im Rahmen von „Digitales Europa“ in Höhe von knapp 1,3 Mrd. € für 2023-2024 angenommen. Das Hauptarbeitsprogramm fördert mit 909,5 Mio. € [Projekte](#), welche u. a. die kritischen digitalen Schlüsselbereiche Klima- und Umweltschutztechnologien der EU durch Anwendung von KI, Cloud und Supercomputer stärken soll...

Digitales Europa II: Aufruf für den European Broadband Award 2021

Bis zum **23. Juni 2023, 16:00 Uhr**, können Projekte für den European Broadband [Award](#) per [E-Mail](#) mit einem [Antragsformular](#) eingereicht werden (zuletzt Brüssel Aktuell 17/22). Dabei sind u. a. Projekte der kommunalen Ebene zum Ausbau der Breitbandversorgung Gegenstand des Wettbewerbs. Zum Zeitpunkt der Antragsstellung müssen diese zu mindestens 65 % abgeschlossen sein...

Interreg VI-B Mitteleuropa: Zweiter Projektauftrag

Am 22. März 2023 erfolgte der zweite [Aufruf](#) im Rahmen des [Programms](#) Interreg VI-B Mitteleuropa (Brüssel Aktuell 6/2022). Bis zum **17. Mai 2023** können Kommunen und Organisationen aus ganz Mitteleuropa ihre Projektvorschläge zur transnationalen Zusammenarbeit in den Prioritäten und den jeweiligen spezifischen Zielen einreichen. Fünf bis zwölf Organisationen sollten sich idealerweise an einer Partnerschaft beteiligen. Die Projektdauer beträgt maximal 30 Monate...

CERV-Programm: Aufruf zu Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung

Die EU-Kommission hat im Rahmen des [CERV](#)-Programms (Brüssel Aktuell 5/2023) einen [Aufruf](#) zur Einreichung von Vorschlägen zu Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung veröffentlicht. Die Antragstellung soll ab dem 4. April 2023 über das Portal „Funding & tender opportunities“ möglich sein. Einreichfrist ist der **5. September 2023**. Ziel ist die Förderung der Teilnahme von Bürgern und repräsentativen Vereinigungen am demokratischen und staatsbürgerlichen Leben in der EU. Mit dem Aufruf sollen von transnationalen Partnerschaften und Netzwerken geförderte Projekte unterstützt werden, die Bürgerinnen und Bürger direkt einbeziehen...

EU-Bio-Preis: Bewerbungen bis 14. Mai 2023 möglich

Mit dem 2022 erstmalig ausgeschriebenem EU-Bio-Preis (EU Organic Award) sollen herausragende Leistungen entlang der ökologischen Wertschöpfungskette in sieben Kategorien gewürdigt werden. Bewerbungen für den diesjährigen Preis sind bis zum **14. Mai 2023** über ein Online-Formular möglich, darunter in den Kategorien [Bio-Stadt](#), [Bio-Anbauregion](#) und [Bio-District](#). Eckdaten zur Bewerbung können einem [Leitfaden](#) entnommen werden. Ausgangspunkt für die Ausschreibung des Preises ist u. a. der [Aktionsplan](#) zur Förderung der ökologischen und biologischen Produktion...

Morning Talk: Verordnung für ein interoperables Europa – Was steckt dahinter?

Am 23. März 2023 wurde im Rahmen des virtuellen Morning Talkes über die Verordnung für ein interoperables Europa berichtet. Diese soll den digitalen Wandel voranzubringen, grenzüberschreitende Zusammenarbeit des öffentlichen Sektors fördern und einen sicheren grenzüberschreitenden Datenaustausch aufbauen. Neben dem fachlichen Vortrag einer Vertreterin der EU-Kommission, ging es im zweiten Teil um die neu eingerichtete Plattform [Joinup...](#)

BRÜSSEL AKTUELL

7/2023

31. März bis 14. April 2023

Umwelt, Energie und Verkehr

Grüner Deal: Verfahrensstand von „Fit für 55“

Am 28. März 2023 legte der Rat der Europäischen Union seine Verhandlungsposition zum Gaspaket fest und nahm mehrere Dossiers zum „Fit für 55“-Paket an, das am 14. Juli 2021 von der EU-Kommission veröffentlicht wurde (Brüssel Aktuell 14/2021, Brüssel Aktuell 20/2022). Eine Reihe von Vorschlägen zur Überarbeitung und Aktualisierung von EU-Rechtsvorschriften im Umwelt- und Klimabereich befindet sich damit im letzten Abschnitt des europäischen Beschlussfassungsprozesses...

EuGH: Keine Mehrwertsteuerpflicht von Gemeinden bei Lieferung von EE-Anlagen

Am 30. März 2023 fällte der Europäische Gerichtshof (EuGH) ein Urteil (Rechtssache [C-612/21](#)) über die Mehrwertsteuerpflichtigkeit von Gemeinden, wenn diese über ein Unternehmen Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien (EE) an Einwohner gegen Erhebung eines Eigenanteil-Entgelts liefern und installieren. In dem Fall ging es um eine Auslegung der Richtlinie [2006/112/EG](#) (Art. 2 Abs. 1, Art. 9 Abs. 1, Art. 13 Abs. 1 und Art. 73) über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem...

Trinkwasser: Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet

Die EU-Kommission hat am 27. März 2023 Vertragsverletzungsverfahren gegen eine Vielzahl von Mitgliedstaaten eingeleitet, u. a. gegen Deutschland aufgrund der mangelnden Berichterstattung über die Umsetzung der [Trinkwasserrichtlinie](#). Die Frist zur Umsetzung war am 12. Januar 2023 abgelaufen. Die Trinkwasserrichtlinie aktualisiert eine Richtlinie aus dem Jahr 1998 zur Verbesserung der Qualität und Sicherheit von Leitungswasser...

Umwelt: EU-Kommission fordert entschlossenes Handeln gegen Lärmbelästigung

Die EU-Kommission fordert in ihrem [Bericht](#) zur Umsetzung der [Richtlinie](#) über Umgebungslärm entschlosseneres Handeln der Mitgliedstaaten. Mehr als 100 Mio. Bürger:innen in der EU sind vor allem durch Straßen-, Schienen- und Luftverkehr starkem Lärm ausgesetzt. Im Vergleich zum letzten [Bericht](#) aus dem Jahr 2017 kontrollieren die Mitgliedstaaten die Lärmbelästigung systematischer und haben u. a. Lärm-Aktionspläne beschlossen...

Migration I: EP-Ausschuss positioniert sich zum Asyl- und Migrationspakt

Am 28. März 2023 legte sich der Ausschuss des EU-Parlaments für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) mehrheitlich auf Positionen zu mehreren Gesetzesvorhaben fest, die Teil des zuletzt stockenden Asyl- und Migrationspakts sind. Gleichzeitig laufen im Rat der EU bereits die Verhandlungen zwischen den Mitgliedstaaten, um eine eigene Positionierung zum Gesetzespaket zu erzielen. Im Folgenden werden relevante Inhalte der einzelnen Positionierungen des Ausschusses wiedergegeben...

Migration II: Europäischer Atlas der Migration

Das [Wissenszentrum](#) für Migration und Demografie der EU-Kommission hat am 31. März 2023 eine neue Ausgabe des [Atlas der Migration](#) veröffentlicht. Durch ihn werden umfassende Daten über weltweite Migrationsbewegungen und -trends interaktiv dargestellt. Er soll dabei helfen die Komplexität der internationalen Migration zu erforschen und Desinformation durch Fakten zu begegnen...

Gleichstellung: Kommissionsvorschlag zur Lohntransparenz gebilligt

Das EU-Parlament hat am 30. März 2023 den [Kommissionsvorschlag](#) für eine Richtlinie zur Lohntransparenz angenommen (Brüssel Aktuell 4/2021), die formale Annahme durch den Rat steht noch aus. Ziel der neuen Richtlinie soll die Durchsetzung und Wahrung des Rechts auf Gleichheit des Arbeitsentgelts ohne Diskriminierung aufgrund des Geschlechts sein. Dafür sollen die Lohndiskriminierung effizient bekämpft und das geschlechtsspezifische Lohngefälle verringert werden...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

Europäischer Innovationsfonds: Neuer Aufruf für Kleinprojekte

Bis zum **19. September 2023** sind Einreichungen für den dritten [Aufruf](#) des Europäischen [Innovationsfonds](#) möglich. Es werden Finanzhilfen von insgesamt 100 Mio. € für Kleinprojekte bereitgestellt, in deren Rahmen Investitionen von 2,5 bis 7,5 Mio. € in den Bereichen erneuerbare Energien und Dekarbonisierung vorgesehen sind. Die Technologien sollten hinreichend ausgereift sein. Die Finanzhilfen werden ab Juni 2024 gewährt...

Stadtentwicklung: EUI stellt das Programm „Capacity-building“ vor

Seit dem 3. April 2023 können sich Kommunen für das Programm [„Capacity building“](#) (englischsprachig) der European Urban Initiative (EUI) bewerben. Das Ziel ist es, Städte bei dem Ausbau ihrer Kapazitäten für eine nachhaltige Stadtentwicklung zu unterstützen. Teilnehmen können europäische Kommunen jeder Größe, die an einer nachhaltigen Stadtentwicklung interessiert sind...

BRÜSSEL AKTUELL

8/2023

14. bis 28. April 2023

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Beihilferecht: Konsultation zum DAWI-De-minimis Entwurf der Kommission

Die EU-Kommission veröffentlichte am 19. April 2023 eine [Konsultation](#) zum Entwurf der überarbeiteten Regeln für die Freistellung geringer Beihilfebeträge für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse ([DAWI-De-minimis](#)). Die Kommission hat darin die Erhöhung des Schwellenwertes von bislang 500.000 Euro auf 650.000 Euro innerhalb von drei Jahren vorgeschlagen und nimmt damit lediglich eine Inflationsanpassung vor...

Umwelt, Energie und Verkehr

Klimapolitik: Konsultation zu EU-Klimazielen 2040 gestartet

Die EU-Kommission veröffentlichte am 31. März 2023 eine öffentliche [Konsultation](#) zu den EU-Klimazielen für 2040. Bis zum **23. Juni 2023** können Interessierte ihre Beiträge dazu abgeben. Ziel dieser Konsultation ist es, dass diese Rückmeldungen zur Festlegung bzw. Weiterentwicklung der Klimaziele 2040 und als Eckpfeiler für die Vorbereitung des politischen Rahmens für die Zeit nach 2030 dienen sollen...

100. Bürgerinitiative: Vernetzung der Hauptstädte durch Hochgeschwindigkeitszüge

Am 18. April 2023 hat die EU-Kommission die 100. Europäische [Bürgerinitiative](#) mit dem Titel „Vernetzung aller europäischen Hauptstädte und Menschen über ein Hochgeschwindigkeitsbahnnetz“ registriert. Ziel dieser Initiative ist es, bestehende Hochgeschwindigkeitsbahnnetze miteinander zu verbinden und fehlende Netze durch neue Hochgeschwindigkeitslinien zu ergänzen...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

NUTS-Klassifikation: überarbeitete Verordnung tritt in Kraft

Am 13. April 2023 traten die neuen Änderungen der Anhänge der [Verordnung](#) über die Klassifikation von Gebietseinheiten für die Statistik ([NUTS](#)) in Kraft. Die Klassifikation trägt zur Erhebung, Übertragung und Verbreitung von harmonisierten Regionalstatistiken auf verschiedenen räumlichen Ebenen bei. Dabei werden die Daten zur Erstellung sozioökonomischer Analysen der Regionen und der EU-Regionalpolitik genutzt. Die Einteilung in Deutschland lehnt sich dabei eng an die Verwaltungsgliederung der einzelnen Länder an...

Soziales, Bildung und Kultur

Asyl und Migration: Parlament bestätigt Verhandlungsmandate

Das EU-Parlament hat am 20. April 2023 beschlossen, Verhandlungen mit dem Rat über mehrere Gesetzesvorschläge zum Asyl- und Migrationspakt aufzunehmen (Brüssel Aktuell 7/2023). Demzufolge sollen die [Verhandlungen](#) (englischsprachig) über die [Verordnung](#) zur Einführung des Screenings von Drittstaatsangehörigen an den Außengrenzen und die [Verhandlungen](#) (englischsprachig) über das Europäische Strafregisterinformationssystem für Drittstaatsangehörige ([ECRIS-TCN](#)) aufgenommen werden...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Europäische Woche für nachhaltige Energie: Anmeldungen möglich

[Anmeldungen](#) für die diesjährige Europäische Woche für nachhaltige Energie unter dem Motto „Beschleunigung der Energiewende – hin zu niedrigeren Rechnungen und mehr Kompetenzen“ sind ab sofort möglich. Diese [Veranstaltung](#) ist die größte jährliche Veranstaltung für erneuerbare Energien und effiziente Energienutzung in Europa und findet vom 20. bis 22. Juni 2023 in Brüssel statt...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

Kreatives Europa KULTUR: Informationsveranstaltung am 9. Mai 2023

Was fördert die EU im Bereich Kultur, und wer kann wie welche Anträge stellen? Am **9. Mai 2023** findet hierzu von 10:00 bis 11:15 Uhr eine digitale Informationsveranstaltung statt, für die man sich ab sofort [anmelden](#) kann...

BRÜSSEL AKTUELL

9/2023

28. April bis 12. Mai 2023

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Stabilitäts- und Wachstumspakt: Neue Reformvorschläge der Kommission

Die EU-Kommission hat am 26. April 2023 [Legislativvorschläge](#) (englischsprachig) zur Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung der EU, dem sog. Europäischen [Stabilitäts- und Wachstumspakt](#) (englischsprachig), vorgelegt. Die aktuelle Verordnung über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken ([1466/97/EG](#)) soll demnach ersetzt werden. Die Verordnung über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit ([1467/97/EG](#)) sowie die Richtlinie über die Anforderungen an die haushaltspolitischen Rahmen der Mitgliedstaaten ([2011/85/EU](#)) sollen ferner angepasst werden...

Umweltverschmutzung: Konsultation zu Per- und Polyfluoralkyl-Stoffe gestartet

Die europäische Chemikalienagentur (ECHA) hat eine [Konsultation](#) (englischsprachig) zur Beschränkung von Per- und Polyfluoralkylsubstanzen (PFAS) gestartet, welche bis zum **25. September 2023** läuft. PFAS sind eine Gruppe von Industriechemikalien, durch deren Einsatz Boden und insb. Trinkwasser kontaminiert werden...

Konsultation: Beihilfavorschriften für Regionalflughäfen

Die EU-Kommission veröffentlichte am 5. Mai 2023 eine Konsultation zur Verlängerung der Beihilfavorschriften für Regionalflughäfen mit der Überarbeitung der dazugehörigen [Leitlinien](#). Bis zum **5. Juni 2023** können Interessierte ihre Stellungnahmen dazu einbringen...

Umwelt, Energie und Verkehr

EU-Missionen: Online-Portal zur Anpassung an den Klimawandel gestartet

Die EU-Kommission eröffnete ein Online-[Portal](#), um die EU-[Mission](#) zur Anpassung an den Klimawandel voranzutreiben. Die Mission soll Regionen und Gemeinden dabei unterstützen, ihren Wandel zur Klimaresilienz bis 2030 zu beschleunigen. Das Portal bietet Informationen über die Mission und die neuesten Entwicklungen in Bezug auf ihre Umsetzung, auch durch regionale und lokale Behörden, die als Charta-Unterzeichner oder mit Forschungsprojekten teilnehmen...

Luftqualität: Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht

Die Europäische Umweltagentur ([EEA](#)) veröffentlichte am 23. April 2023 einen [Bericht](#) (englischsprachig) zur Luftqualität in der Europäischen Union und weiteren Staaten in Europa. Dabei bezieht sich der Bericht auf die Luftschadstoffkonzentrationen in den Jahren 2021 und 2022 für regulierte Schadstoffe in Bezug auf die EU-Luftqualitätsstandards und die WHO-Richtwerte für 2021. Demnach waren im Jahr 2021 mehr als 90 Prozent der Stadtbevölkerung in der EU schädlichen Werten von Stickstoffoxid, Ozon und Feinstaub (PM 2,5) ausgesetzt. Nach vorläufigen Daten aus dem Jahr 2022 ist die Konzentration insbesondere in Mitteleuropa und Italien am höchsten (PM 2,5) aufgrund von Verbrennung fester Brennstoffe...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Handbuch der territorialen und lokalen Entwicklungsstrategien veröffentlicht

Am 22. März 2023 ist ein [Handbuch](#) (englischsprachig) der territorialen und lokalen Entwicklungsstrategien veröffentlicht worden. Das Handbuch soll ein Instrument für die Konzeption, Umsetzung und Überwachung von Strategien zur Stärkung von Resilienz, Wohlstand und Demokratie in nichtstädtischen Gebieten darstellen und bildet damit das Gegenstück zum [Handbuch](#) (englischsprachig) für nachhaltige Stadtentwicklungsstrategien...

Energieunion: Konsultation zur Governance gestartet

Der Ausschuss der Regionen (AdR) und der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) haben eine [Konsultation](#) (englischsprachig) zum Thema „Lokale und regionale Gebietskörperschaften bei der Steuerung der Energieunion“ gestartet, welche bis zum **2. Juni 2023** läuft. Die in dieser Konsultation gesammelten Informationen werden genutzt, um die jeweiligen politischen Positionen zur Überarbeitung der [Governance-Verordnung](#) zu formulieren...

Veranstaltung: Auf dem Weg zu einem klimaneutralen Europa – 100 Städte gehen voran

Am 24. Mai 2023, ab 18:30 Uhr, findet in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der Europäischen Union die Veranstaltung „Auf dem Weg zu einem klimaneutralen Europa – 100 Städte gehen voran“ statt...

Soziales, Bildung und Kultur

Migration & Asyl: EuGH urteilt zur Familienzusammenführung

Laut einem Urteil (Rechtssache [C-1/23 PPU](#)) des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 18. April 2023 dürfen EU-Mitgliedstaaten bei der Antragsstellung auf Familienzusammenführung nicht ausschließlich auf persönliches Erscheinen bestehen. Dem Fall lag ein Antrag auf Zusammenführung einer syrischen Familie in Belgien zu Grunde. Insbesondere für Antragsteller in Kriegs- und Katastrophengebieten, denen es unter Umständen unmöglich oder übermäßig schwierig ist, persönlich in eine diplomatische Vertretung des potenziell aufnehmenden Mitgliedstaats in ihrem Land zu erscheinen, müssen abweichende Möglichkeiten zur Antragstellung durch den Mitgliedstaat ausnahmsweise ermöglicht werden (Rn. 52 & 53)...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Europapreis: Auszeichnungen gehen an Nagold und Markt Kleinwallstadt

Am 26. April 2023 wurden die Gewinner des [Europapreis](#) (englischsprachig) von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg verkündet, der in vier verschiedenen [Kategorien](#) (englischsprachig) vergeben wurde. Der Europapreis als die höchste Auszeichnung ging nach Bolesławiec in Polen, die Ehrenplakette als zweithöchste Auszeichnung ging an sechs verschiedene Gemeinden...

Forschung und Innovation: Aufruf für „Regional Innovation Valleys“

Die EU-Kommission hat eine Initiative gestartet, um lokale und regionale Innovationen zu stärken und Vorhaben zu vernetzen. Bis zum **18. September 2023** können interessierte Regionen [online](#) ihr Interesse bekunden, ein „Regional Innovation Valley“ (RIV) zu werden. Im Rahmen der europäischen [Innovationsagenda](#) sollen durch diese Initiative einhundert Regionen identifiziert werden, die sich für eine bessere Koordinierung ihrer Investitionen und Strategien in Forschung und Innovation einsetzen...

Tourismus: Wettbewerbe für europäische Städtepreise 2024 gestartet

Die EU-Kommission hat die [Wettbewerbe](#) für den „Grünen Pionier“ und die „Europäische Hauptstadt des intelligenten Tourismus 2024“ gestartet, Bewerbungsfrist ist der **5. Juli 2023**. Als europäische Hauptstadt des smarten Tourismus können sich Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern bewerben. Bewertet werden vier Kriterien: Nachhaltigkeit, Barrierefreiheit, Digitalisierung sowie kulturelles Erbe in Verbindung mit Kreativität. Die Ausschreibung für den „Grünen Pionier“ des Tourismus richtet sich an Städte mit 25.000 bis 100.000 Einwohnern, die herausragende nachhaltige Tourismuspraktiken umsetzen...

BRÜSSEL AKTUELL

10/2023

12. bis 26. Mai 2023

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Wirtschaft: Frühjahrsprognose zur Entwicklung der Wirtschaft in der EU

Am 15. Mai 2023 veröffentlichte die EU-Kommission die [Frühjahrsprognose 2023](#) (englischsprachig) zur wirtschaftlichen Entwicklung in der EU und ihren Mitgliedstaaten in den Jahren 2023 und 2024. Mit dieser Prognose werden die in der letzten Winterprognose (Brüssel Aktuell 4/2023) vorgestellten Entwicklungen des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und der Inflation u. v. a. aktualisiert. Die wirtschaftliche Entwicklung sei weiterhin von vielen globalen Herausforderungen geprägt, jedoch zeigten sich positive Signale v. a. mit Blick auf die Resilienz der Wirtschaft Europas nach Darstellung der Kommission...

Umwelt, Energie und Verkehr

Energie- und Klimapläne: Kommission formuliert Leitlinien

Die EU-Kommission hat im Rahmen einer Bekanntmachung Leitlinien für die Mitgliedstaaten zur Aktualisierung der nationalen Energie- und Klimapläne 2021-30 angenommen ([2022/C 495/02](#)), die u. a. die Rolle der kommunalen Ebene einbezieht. Die Leitlinien sollen als Orientierungshilfe für die Ausarbeitung und Fortschreibung der Nationalen Energie- und Klimapläne ([NEKP](#)) der Mitgliedstaaten und der Kommission dienen. Dabei sollen lokale Behörden frühzeitig bei der Überarbeitung einbezogen werden...

Verursacherprinzip: Konsultation zur Anwendung in weiteren Politikbereichen der EU

Die EU-Kommission veröffentlichte am 12. Mai 2023 eine Konsultation zum Verursacherprinzip. Interessierte können ihre Beiträge dazu bis zum **4. August 2023** über einen Online-[Fragebogen](#) einreichen. Der Europäische Rechnungshof ([EuRH](#)) hat in einem [Sonderbericht](#) im Jahr 2021 festgestellt, dass die Anwendung des Verursacherprinzips im europäischen Umweltrecht Defizite aufweise. Die Kommission hat das Verursacherprinzip, z. B. in Form der Erweiterten Herstellerverantwortung bei der aktuellen [Überarbeitung](#) der Kommunalabwasserrichtlinie (Art. 9), jedoch explizit aufgenommen...

Grüner Deal: AdR startet Aufruf zur Übermittlung bewährter Verfahren zur Umsetzung

Am 22. Mai 2023 veröffentlichte der Ausschuss der Regionen (AdR) einen [Aufruf](#) (deutschsprachige Ansicht optional möglich) an Städte und Regionen zur Übermittlung von bewährten Verfahren im Rahmen der Umsetzung des Grünen Deals...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Mehrjähriger Finanzrahmen: AdR legt Standpunkt zur Halbzeitüberprüfung fest

Der Ausschuss der Regionen (AdR) legte am 24. Mai 2023 seinen [Standpunkt](#) zur Halbzeitüberprüfung für den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) fest. Der Bericht beinhaltet Positionierungen und Empfehlungen, um aktuellen Herausforderungen gerecht zu werden, Investitionskapazitäten der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften zu stärken und die Krisenresilienz der EU zu verbessern...

Ländliche Entwicklung: Kommission stellt neue Koordinationsgruppe vor

Die EU-Kommission hat eine informelle [Koordinationsgruppe](#) (englischsprachig) für den Pakt für den ländlichen Raum (zuletzt Brüssel Aktuell 1/2022) eingerichtet. Die Koordinationsgruppe bestehend aus 30 Vertretern aller Mitgliederkategorien (Behörden, zivilgesellschaftliche Organisationen, Unternehmen, Bürger, Forschungseinrichtungen) soll dabei Möglichkeiten zur Weiterentwicklung des Pakts für den ländlichen Raum sondieren, einschließlich Aktivitäten und Themen, die von den Teilnehmenden durchgeführt und behandelt werden sollen...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Europawahlen: Wahltermin für 2024 bestätigt

Am 17. Mai 2023 haben die Vertreter der EU-Länder auf der Ratstagung den Termin für die nächsten Wahlen des Europäischen Parlaments festgelegt: Sie sollen nun vom 6. bis 9. Juni 2024 abgehalten werden. In Deutschland wird die Wahl voraussichtlich am Sonntag, den 9. Juni 2024 stattfinden. Die EU-Bürgerinnen und -Bürger wählten zuletzt im Mai 2019 705 Mitglieder des EU-Parlaments. Nach der Wahl 2024 werden die neu gewählten Abgeordneten darüber hinaus einen oder eine neue/n Präsidenten des EU-Parlaments wählen...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

LIFE-Programm: 13 neue Aufrufe veröffentlicht

Am 11. Mai 2023 veröffentlichte die EU-Kommission 13 neue [Förderaufrufe](#) im Förderprogramm LIFE Clean Energy Transition (CET), dem Finanzierungsinstrument der EU für Umwelt- und Klimaschutz. Kommunalrelevant ist dabei vor allem der [Aufruf](#) für technische Unterstützung für Pläne und Strategien für eine saubere Energiewende in Gemeinden und Regionen...

Digitales Europa: Neue Aufrufe im Bereich Cybersicherheit veröffentlicht

Am 25. Mai 2023 veröffentlichte die EU-Kommission acht neue [Aufrufe](#) im Bereich Cybersicherheit im Rahmen des EU-Förderprogramms Digitales Europa. Der [Aufruf](#) im Bereich Cloud, Daten und künstliche Intelligenz (KI) mit Frist am **29. August 2023** beschäftigt sich mit der KI als entscheidende Triebkraft für die digitale Transformation des öffentlichen und privaten Sektors. Im Bereich Cybersicherheit und Vertrauen wurden mit Frist am **6. Juli 2023** drei [Förderaufrufe](#) veröffentlicht...

Europabüro der sächsischen Kommunen: Personelle Veränderung

Zum 31. Mai 2023 endet die Tätigkeit von Pia Schilberg als Leiterin des Europabüros der sächsischen Kommunen. Wir bedanken uns ganz herzlich für die gute Zusammenarbeit. Frau Schilberg wird ab Juni eine neue Tätigkeit in Nordrhein-Westfalen beginnen. Das Sekretariat des Europabüros der sächsischen Kommunen ist nach wie vor unter den bekannten Kontaktdaten erreichbar. Für weitergehende Fragen stehen die Referenten für Europaangelegenheiten der sächsischen Kommunalverbände zur Verfügung: Frau Dr. Caroline Antonia [Hummel](#) vom Sächsischen Landkreistag und Herr Sebastian [Schöne](#) vom Sächsischen Städte- und Gemeindetag...

BRÜSSEL AKTUELL

11/2023

26. Mai bis 9. Juni 2023

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Wirtschaft: Frühjahrspaket des Europäischen Semesters 2023 vorgelegt

Am 24. Mai 2023 legte die EU-Kommission das [Frühjahrspaket](#) des Europäischen Semesters 2023 vor, das u. a. spezifische [Länderberichte](#) und länderspezifische [Empfehlungen](#) enthält. Das Europäische Semester hat zum Ziel, den Mitgliedstaaten Orientierung bei der Bewältigung zentraler wirtschaftlicher und sozialer Herausforderungen in Zeiten eines schwierigen geopolitischen Umfelds zu geben, um Wettbewerbsfähigkeit und langfristigen Wohlstand zu sichern. Die Länderberichte liefern dabei einen Überblick über die spezifischen Herausforderungen in den einzelnen Mitgliedstaaten...

Schutz geografischer Angaben: Parlament legt Standpunkt fest

Am 1. Juni 2023 legte das EU-Parlament seinen [Standpunkt](#) für die Verhandlungen über neue Vorgaben für geografische Angaben der Europäischen Union für Wein, Spirituosen und landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie über Qualitätsregelungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse fest. Die EU-Kommission hatte die [Verordnung](#) am 31. März 2022 (Brüssel Aktuell 7/2022) vorgelegt. Geografische Angaben (g. A.) dienen als Kennzeichnung für Produkte, deren Qualität, Merkmale oder Ansehen natürlichen und menschlichen Einflüssen geschuldet sind, die mit ihrem Ursprungsort verbunden sind...

Aufbau und Resilienzfazilität: Interaktive Karte veröffentlicht

Die EU-Kommission hat eine interaktive [Karte](#) online gestellt, die alle geförderten Projekte der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) aufzeigt. Die ARF ist ein Programm im Rahmen des Aufbauplans NextGenerationEU (zuletzt Brüssel Aktuell 11/2022), in dem bereits über 150 Mrd. € an die EU-Mitgliedstaaten ausgezahlt wurden...

Umwelt, Energie und Verkehr

Erneuerbare Energien: Rat verzögert Finalisierung von RED III

Die EU-Kommission veröffentlichte am 14. Juli 2021 einen [Vorschlag](#) für eine Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED III). Die RED III soll mehrere Verordnungen und Richtlinien anpassen (sog. RED II): 2018/2001, 2018/1999, 98/70/EG. Sie soll u. a. festlegen, welche erneuerbaren Energieformen die Mitgliedstaaten einsetzen und fördern dürfen (Brüssel Aktuell 10/2022). Aus kommunaler Sicht entwickelte sich im weiteren Verlauf des gesetzgeberischen Verfahrens die Rolle von Holz als erneuerbare und förderfähige Energieform zu einem Hauptanliegen...

Grüner Deal I: Kommission veröffentlicht Leitfäden für Klimaanpassung von Gebäuden

Die EU-Kommission hat bereits am 29. März 2023 zwei Leitfäden für die die Klimaanpassung von Gebäuden (englischsprachig) veröffentlicht. Der technische [Leitfaden](#) geht u. a. auf die rechtlichen Vorgaben ein und fasst den aktuellen Stand der Gebäudestandards auf europäischer und nationaler Ebene zusammen. Der [Leitfaden](#) für bewährte Verfahren zeigt unterschiedliche Klimaanpassungsmöglichkeiten auf, u. a. im Hinblick auf die unterschiedlichen Klimazonen in Europa oder der besondere Betroffenheit in versiegelter Umwelt, z. B. in Städten...

Grüner Deal II: Aktuelle Entwicklungen zur Wiederherstellung der Natur

Die EU-Kommission verabschiedete am 22. Juni 2022 einen [Verordnungsvorschlag](#) inkl. [Annex](#) zur Wiederherstellung der Natur. Sie unterstreicht darin die Notwendigkeit des Vorschlags zur Erreichung der Klima- und [Biodiversitätsziele](#) der EU bis 2030 und 2050. Die kommunale Relevanz ist u. a. durch den Einbezug von städtischen Grünflächen gegeben. Die mitberatenden Ausschüsse des EU-Parlaments für Landwirtschaft ([AGRI](#)) und Fischerei ([PECH](#)) lehnen den Kommissionsvorschlag ab. Der zuständige Ausschuss für Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit ([ENVI](#)) wird am 15. Juni 2023 über den Bericht, der die Grundlage für die Parlamentsposition setzt, abstimmen...

Vertragsverletzungsverfahren: Kommission stellt das Verfahren zu Nitrat ein

Die EU-Kommission hat am 1. Juni 2023 die [Öffentlichkeit](#) darüber informiert, dass das Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland in Zusammenhang mit der Umsetzung der Nitratrichtlinie eingestellt wird. Die [Richtlinie](#) beabsichtigt u. a. die Verringerung der Verunreinigung des Grundwassers durch Nitrat aufgrund landwirtschaftlicher Quellen...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

URBACT: 30 neue Aktionsplanungs-Netzwerke

Am 31. Mai 2023 veröffentlichte die EU-Kommission die 30 neuen Aktionsplanungs-Netzwerke im Rahmen des [URBACT](#)-Aufrufes. Vom 1. Juni 2023 bis Dezember 2025 finden in unterschiedlichen Themen Erfahrungsaustausche, Pilotaktionen, Aufbau von Strukturen und Kompetenzen sowie eine breite Öffentlichkeitsarbeit und Sichtbarkeit innerhalb der Netzwerke statt...

Soziales, Bildung und Kultur

Gesundheit: Initiative zur psychischen Gesundheit

Die EU-Kommission veröffentlichte am 7. Juni 2023 eine [Mitteilung](#) über eine umfassende Herangehensweise im Bereich der psychischen Gesundheit. Mit der Initiative soll ein erster Schritt getan werden, um die psychische [Gesundheit](#) auf eine Stufe mit der körperlichen zu stellen. Psychische Gesundheitsprobleme sollen mithilfe eines neuen, sektorenübergreifenden Ansatzes angegangen werden. Die Kommission wird die Maßnahmen und Aktivitäten, die direkt oder indirekt der Förderung der psychischen Gesundheit dienen, mit rd. 1,23 Mrd. € aus verschiedenen Finanzinstrumenten unterstützen...

Grenzüberschreitende Rechtsverfahren: Stärkung schutzbedürftiger Erwachsener

Am 31. Mai 2023 unterbreitete die EU-Kommission einen [Verordnungsvorschlag](#) (englischsprachig) zur Stärkung der Rechte von schutzbedürftigen Erwachsenen bei grenzüberschreitenden Rechtsverfahren sowie einen [Vorschlag](#) (englischsprachig) für einen Ratsbeschluss, mit dem die Mitgliedstaaten verpflichtet werden sollen, Vertragsparteien des [Haager](#) Übereinkommens von 2000 über den Schutz von Erwachsenen zu werden oder zu bleiben...

Migration I: Instrumentarium gegen Schleusungen über gewerbliche Beförderer

Am 6. Juni 2023 stellte die EU-Kommission ein Instrumentenkasten ([englischsprachig](#)) zur Bekämpfung des Missbrauchs der gewerblichen Beförderung bei der irregulären Migration und Schleusung in die EU durch kriminelle Netzwerke vor. Mit diesem Instrumentarium möchte die Kommission die Mitgliedstaaten mit strategischen Maßnahmen unterstützen, die auf drei Säulen bauen: legislative, operative und diplomatische Maßnahmen. Ziel soll es demnach sein, gegen Fälle vorzugehen, in denen gewerbliche Verkehrsmittel zur Ermöglichung von irregulärer Migration in die EU missbraucht werden...

Migration II: Kommission schlägt Aktionsplan für Mittelmeer- und Atlantikroute vor

In Vorbereitung auf die Tagung des EU-Innenministerrats (8. Juni 2023) und auf den nächsten Europäischen Rat (29./30. Juni 2023) stellte die EU-Kommission am 6. Juni 2023 einen [EU-Aktionsplan](#) (englischsprachig) für die Migrationsrouten im westlichen Mittelmeerraum und im Atlantik vor. Somit wurde die Kommission zum bereits dritten Mal durch den Rat aufgefordert, konkrete Aktionspläne für wichtige Migrationsrouten in die EU auszuarbeiten (Brüssel Aktuell 5/2023), nachdem Ende 2022 schon Pläne für das zentrale Mittelmeer und den westlichen Balkan vorgelegt wurden...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Katastrophenschutz: EU verdoppelt rescEU-Brandbekämpfungsflotte

Die EU-Kommission weitet die [Kapazitäten](#) der europäischen Brandbekämpfungsflotte ([rescEU](#)) im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens für 2023 aus. Insgesamt stehen 24 Flugzeuge und 4 Hubschrauber aus 10 Mitgliedstaaten bereit. Deutschland stellt dafür zwei Leichtflugzeuge zur Verfügung...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

Europäische Stadtinitiative: Zweiter Förderaufruf gestartet

Am 31. Mai 2023 veröffentlichte die EU-Kommission die zweite Aufrufrunde für innovative städtische Projekte im Rahmen der Europäischen Stadtinitiative ([EUI](#)). Gefördert werden mit einem Gesamtbudget von 120 Mio. € innovative Projekte zur Entwicklung und Erprobung neuer Lösungen für aktuelle Herausforderungen in Städten. Dabei konzentriert sich der Aufruf auf drei Prioritäten: Umweltfreundlichere Städte, nachhaltiger Tourismus sowie die Talententwicklung in schrumpfenden Städten...

BRÜSSEL AKTUELL

12/2023

9. bis 23. Juni 2023

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Künstliche Intelligenz: Parlament legt Verhandlungsposition fest

Am 14. Juni 2023 [einigte](#) sich das EU-Parlament auf seine Position zu Regeln für sichere und transparente Künstliche Intelligenz (KI). Damit reagieren die Abgeordneten auf den [Vorschlag](#) der EU-Kommission für eine Verordnung zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für Künstliche Intelligenz (Gesetz über Künstliche Intelligenz). Mit den Vorschriften soll sichergestellt werden, dass in der EU entwickelte und eingesetzte KI umfassend den Rechten und Werten der EU und Anforderungen an Sicherheit, Datenschutz und Transparenz entsprechen. Dabei richten sich die Vorschriften nach Gefahrenabstufungen, die von KI-Systemen ausgehen...

Umwelt, Energie und Verkehr

Grüner Deal: Rat einigt sich auf Position zur Wiederherstellung der Natur

Die Umweltministerinnen und Umweltminister der Mitgliedstaaten haben sich am 20. Juni 2023 auf eine allgemeine [Ausrichtung](#) (englischsprachig) des Rates der Europäischen Union zum [Verordnungsvorschlag \(Annex\)](#) der EU-Kommission zur Wiederherstellung der Natur geeinigt (Brüssel Aktuell 11/2023). Der Rat unterstreicht darin u. a. die Notwendigkeit der Ausweitung von städtischen Grünflächen. Der Verlust soll dabei gestoppt werden und durch die Integration von grüner Infrastruktur, Lösungen der Stadtplanung und Begrünung im Hochbau zu einem positiven Trend umgekehrt werden (Erwägungsgründe 43; 44)...

Klimaanpassung: Europäische Umweltagentur veröffentlicht Investitionsbedarf

Am 3. März 2023 veröffentlichte die Europäische Umweltagentur ([EEA](#)) einen [Bericht](#) (englischsprachig) zu den geschätzten Kosten und Nutzen von Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Trotz jüngster Anstrengungen im Bereich des Klimaschutzes warnt der Bericht vor wirtschaftlichen Schäden im Falle von wetter- und klimabedingten Extremphänomenen. Zwischen 1980 und 2021 sollen sich die wirtschaftlichen Kosten hierbei auf über eine halbe Billion Euro belaufen haben...

Migration I: Rat einigt sich auf Verhandlungsmandate zum Asyl- und Migrationspaket

Nachdem sich das EU-Parlament im April 2023 mehrheitlich auf Verhandlungsmandate bei mehreren Vorhaben des Pakets zu Migration und Asyl festlegte (Brüssel Aktuell 7/2023 & 8/2023), verabschiedeten die EU-Innenministerinnen und -minister am 8. Juni 2023 bei zwei Gegenstimmen (aus Ungarn und Polen) und vier Enthaltungen die Positionierungen des Rats für die anstehenden Trilogverhandlungen bei zwei legislativen Vorhaben. Im Folgenden wird eine Auswahl an beschlossenen Änderungen des Rats aufgeführt...

Migration II: Rat positioniert sich zu Richtlinienentwurf über legale Migration

Auf der Ratssitzung der EU-Innenminister:innen wurde am 8. Juni 2023 eine allgemeine [Ausrichtung](#) (Verhandlungsposition) der Mitgliedstaaten zu einem EU-Gesetzesvorschlag verabschiedet, die die legale Migration in den EU-Arbeitsmarkt besser regeln soll. Die Ratsposition bezieht sich auf einen [Vorschlag](#) der EU-Kommission zur Novellierung der Richtlinie über eine kombinierte Erlaubnis ([2011/98/EU](#)) (Brüssel Aktuell 9/2022)...

Migration III: EU und Tunesien vereinbaren Partnerschaftspaket

Am 11. Juni 2023 wurde bei einem Treffen der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen, dem niederländischen Ministerpräsidenten Rutte und der italienischen Ministerpräsidentin Meloni mit dem tunesischen Präsidenten Saied ein [Partnerschaftspaket](#) (englischsprachig) zwischen der EU und Tunesien vorgestellt. Das Paket, das die Beziehungen verbessern soll, umfasst fünf Schwerpunkte: Diese reichen von wirtschaftlicher Zusammenarbeit, Handel und Energie auch zu einem Mehr an direkten Begegnungen, da Mittel des „Erasmus+“-Programms geöffnet werden sollen...

Gesundheitsunion: Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen

Am 13. Juni 2023 verabschiedete der Rat der Europäischen Union eine [Empfehlung](#) zur Intensivierung der EU-Maßnahmen zur Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen im Rahmen des [Konzepts](#) „Eine Gesundheit“ (Brüssel Aktuell 40/2019). Ziel ist es, weitere Maßnahmen insbesondere in den Bereichen menschliche Gesundheit und Umwelt zu ergreifen und eine umsichtige Verwendung antimikrobieller Mittel zu fördern...

Öffentliche Gesundheit: EU-Drogenbericht 2023 veröffentlicht

Am 16. Juni 2023 veröffentlichte die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht ([EMCDDA](#)) den „Europäischen [Drogenbericht 2023: Trends und Entwicklungen](#)“ (Brüssel Aktuell 12/2022). Der Bericht analysiert die Drogensituation in Europa bis Ende 2022 und untersucht mögliche Veränderungen, Entwicklungen und Herausforderungen des europäischen Drogenmarkts bzw. -konsums...

Kompetenzen: 2 Millionen Menschen profitieren vom Kompetenzpakt

Die EU-Kommission veröffentlichte am 11. Mai 2023 einen [Bericht](#) (englischsprachig) zum Kompetenzpakt. Der Kompetenzpakt ist Teil der Europäischen Kompetenzagenda, einem Fünf-Jahres-Plan mit Maßnahmen zur Weiterbildung und Umschulung von Menschen im erwerbsfähigen Alter. Laut Kommission haben bereits zwei Millionen Menschen von besagten Maßnahmen profitieren können. Des Weiteren wurden 15.500 Schulungsprogramme neu entwickelt bzw. modernisiert. Insgesamt haben die Mitglieder des Paktes (u. a. Arbeitgeberverbände, Industrie- und Handelskammern sowie Behörden und Bildungsanbieter) 160 Mio. € in Initiativen, die den Erwerb neuer Kompetenzen fördern, investiert...

Eurobarometer: Parlament veröffentlicht Daten für Frühjahr 2023

Das Europäische Parlament hat die [Ergebnisse](#) der Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2023 veröffentlicht. Im März dieses Jahres wurden in allen 27 EU-Mitgliedstaaten insgesamt über 26.000 persönliche Interviews durchgeführt. Die Ergebnisse der Befragungen lassen sich in zehn maßgebliche Lektionen zusammenfassen. Unter anderem solle für eine hoffnungsvollere Aussicht der EU-Bürger:innen angesichts ihrer wirtschaftlichen Zukunft gesorgt werden...

Europäisches Parlament: Sitzungskalender für 2024 angenommen

Am 13. Juni 2023 nahm das EU-Parlament den Sitzungskalender für das Jahr 2024 an. Im europäischen Wahljahr sollen 14 Plenarsitzungen stattfinden, dabei 11 als viertägige Sitzungswochen in Straßburg sowie drei verkürzte in Brüssel. Die genauen Termine können der [Pressemitteilung](#) entnommen werden...

In eigener Sache

Kommunales Positionspapier zu Asyl und Migration

Die Europabüros der Bürogemeinschaft haben ein gemeinsames [Positionspapier](#) zum von der EU-Kommission vorgeschlagenen Gesetzespaket zu Asyl und Migration veröffentlicht (Brüssel Aktuell berichtet fortlaufend). Die kommunalen Spitzen- und Landesverbände aus Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen zeigen sich seit Jahren ununterbrochen solidarisch mit den Menschen, die vor Krieg und Gewalt flüchten. Nun erfordert die sich zuspitzende Situation im Angesicht steigender Zahlen an irregulären Einreisen ein entschiedenes Mehr an Solidarität seitens der EU und der Mitgliedstaaten mit den Menschen vor Ort in den Kommunen, die tagtäglich schwierige Entscheidungen zu treffen haben und unermüdlich Hilfe leisten...

BRÜSSEL AKTUELL

13/2023

23. Juni bis 7. Juli 2023

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Digitalisierung I: Gigabit-Infrastrukturverordnung vorgelegt

Die EU-Kommission hat am 17. Februar 2023 den Vorschlag für eine [Gigabit-Infrastrukturverordnung](#) vorgelegt. Im Rahmen des [Politikprogramms](#) der Digitalen Dekade 2030 soll die Verordnung einen maßgeblichen Beitrag zur Verwirklichung des Gigabit-Konnektivitätsziels (darunter die vollständige Glasfaser- und 5G-Ausstattung bis 2030) leisten...

Beihilfen I: Überarbeitete Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung in Kraft

Die überarbeitete Allgemeine [Gruppenfreistellungsverordnung](#) (AGVO) ist zum 1. Juli 2023 in Kraft getreten und gilt bis 2026. Die Änderungen sollen den digitalen Wandel in der EU erleichtern, vereinfachen und beschleunigen. Dafür sind u. a. die Beihilfeshöchstgrenzen inflationsbedingt angepasst worden...

Beihilfen II: Kommission veröffentlicht Beihilfeanzeiger 2022

Die EU-Kommission veröffentlichte am 24. April 2023 ihren jährlichen [Beihilfeanzeiger](#) (englischsprachig), welcher auf den von den 27 EU-Mitgliedstaaten getätigten Ausgaben für staatliche Beihilfen des Jahres 2021 basiert. In den letzten zehn Jahren zeigt sich der Gesamttrend eines stabilen Anstiegs der Ausgaben für staatliche Beihilfen, mit Spitzenwerten in den Jahren 2020 und 2021, die auf die umfangreichen Unterstützungsleistungen anlässlich der Coronavirus-Krise zurückzuführen sind...

Umwelt, Energie und Verkehr

Waldstrategie: EU-Kommission veröffentlicht Aufforstungs-Leitlinien

Am 17. März 2023 hat die Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission [Leitlinien](#) (englischsprachig) für biodiversitätsfreundliche Aufforstung, Wiederaufforstung und Anpflanzung von Bäumen veröffentlicht. Diese Leitlinien sind Teil der EU-[Waldstrategie](#), aufbauend auf der [Biodiversitätsstrategie](#) (englischsprachig) für 2030, die eine der Leitinitiativen des Grünen Deals darstellt. Sie richten sich vor allem an forstwirtschaftliche Akteure – u. a. Wald- und Landeigentümer und -bewirtschafter, aber auch an öffentliche Behörden, Naturschutzverbände und die Wissenschaft –, die bei der Entwicklung und Förderung von biodiversitätsfreundlichen Praktiken, auch auf lokaler Ebene, unterstützt werden...

Fit für 55: ITRE-Ausschuss billigt erzielte Einigung zur RED III

Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie ([ITRE](#)) im Europäischen Parlament hat am 28. Juni 2023 die erzielte [Einigung](#) (englischsprachig) mit den Mitgliedstaaten im Trilog zur Änderung der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie (RED III) angenommen. Darin wird der Anteil der Erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch in der EU bis 2030 auf 42,5 % festgelegt. Die soll jedoch nur ein Mindestziel darstellen, da die Mitgliedstaaten einen Anteil von 45 % anstreben können...

Kreislaufwirtschaft: Kommission legt überarbeiteten Überwachungsrahmen vor

Am 15. Mai 2023 legte die EU-Kommission ihre [Mitteilung](#) über einen überarbeiteten Überwachungsrahmen für die Kreislaufwirtschaft vor. Der überarbeitete Überwachungsrahmen ermöglicht es, Fortschritte beim Übergang zu einer ressourceneffizienten, klimaneutralen und resilienten Kreislaufwirtschaft im Kontext der nachhaltigen Entwicklung zu verfolgen...

Null-Schadstoff-Ziel: ENVI-Standpunkt zum Schutz des Grundwassers

Am 27. Juni 2023 legte der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit des EU-Parlaments (ENVI) seine Position zum Richtlinien-[Vorschlag](#) der EU-Kommission zur Änderung der Richtlinie 2000/60/EG zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik, der Richtlinie 2006/118/EG zum Schutz des Grundwassers vor Verschmutzung und Verschlechterung und der Richtlinie 2008/105/EG über Umweltqualitätsnormen im Bereich der Wasserpolitik vor. Der Vorschlag überarbeitet die Wasserrahmenrichtlinie, die Grundwasserrichtlinie und die Richtlinie über Umweltqualitätsnormen (Oberflächenwasserrichtlinie). Ziel der Überarbeitungen ist es, die menschliche Gesundheit und die natürlichen Ökosysteme besser vor Schadstoffen zu schützen...

Umwelt: Neuer EU-Bericht zur Qualität von Badegewässern in Europa

Am 9. Juni 2023 veröffentlichte die EU-Kommission gemeinsam mit der Europäischen Umweltagentur ([EEA](#)) ihren Jahresbericht über die Qualität der Badegewässer in Europa (zuletzt Brüssel Aktuell 11/2022). Die jeweiligen Länderberichte aller EU-Mitgliedstaaten sowie der Schweiz und Albanien sind zusammen mit einer interaktiven Karte zur Qualität von einzelnen Badegewässern [online](#) (englischsprachig) abrufbar. Allgemein blieb im Jahr 2022 die Wasserqualität weiterhin auf einem hohen Niveau...

Soziales, Bildung und Kultur

Europäischer Rat: Staats- und Regierungschefs uneins bei Migration

Am 29. und 30. Juni 2023 trafen sich die Staats- und Regierungschefs zu einer Tagung des Europäischen Rats in Brüssel. Die Tagesordnung stand zunächst im Zeichen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, wozu auch ein persönlicher Austausch des Gremiums mit Nato-Generalsekretär Stoltenberg gehörte. Die offiziellen [Schlussfolgerungen](#) umfassen überdies Feststellungen zur wirtschaftlichen Entwicklung, zur Unterstützung der Ukraine sowie eine gemeinsame Positionierung zu China...

Sozialwirtschaft: Kommission legt Paket zur Unterstützung vor

Die EU-Kommission hat am 13. Juni 2023 Vorschläge zur Unterstützung der Sozialwirtschaft in Europa vorgelegt. Die Vorschläge umfassen eine nicht legislative [Empfehlung](#) des Rates zur Entwicklung der Rahmenbedingungen in der Sozialwirtschaft und eine neue digitale [Plattform](#) (Gateway der Sozialwirtschaft), die Informationen über EU-Finanzierungen, Schulungsmöglichkeiten und andere relevante Themen für sozialwirtschaftliche Organisationen bereitstellt...

EU-Ratspräsidentschaft: Prioritäten des spanischen Vorsitzes

Am 1. Juli 2023 hat Spanien die [Präsidentschaft](#) (englischsprachig) im Rat der Europäischen Union übernommen und wird in den kommenden sechs Monaten im Rahmen der [Trio-Präsidentschaft](#) mit Belgien und Ungarn zusammenarbeiten. Dabei wird es in Spanien am 23. Juli 2023 Parlamentsneuwahlen geben, die nach aktueller Lage auf einen Regierungswechsel hinauslaufen könnten. Die spanische Ratspräsidentschaft strebt vor dem Hintergrund des Ukrainekrieges und der zunehmenden globalen Unsicherheit nach einer Stärkung der Widerstandsfähigkeit (Resilienz) und strategischen Autonomie der Europäischen Union. Unter dem Vorsatz „Europa, näher“ möchte sie auf ein globales, autonomes, digitales und ökologisches Europa, das Innovation und soziale Gerechtigkeit miteinander verbindet, hinarbeiten. Spanien wird sich hierbei auf vier Prioritäten konzentrieren...

Europäische Bürgerinitiative: Gegenseitige Anerkennung von Gerichtsurteilen in der EU

Die EU-Kommission hat Ende Mai beschlossen, eine neue Europäische Bürgerinitiative zu registrieren. Ziel dieser neuen Initiative ist es, die gegenseitige Anerkennung von rechtskräftigen Gerichtsurteilen innerhalb der EU zu ermöglichen. Wenn es der Initiative gelingt, genügend Unterschriften zu sammeln, muss sich die Kommission zur besagten Initiative positionieren. Nahezu gleichzeitig zur Registrierung durch die Kommission hat das EU-Parlament am 13. Juni 2023 allgemein zum Thema Europäische Bürgerinitiative Bezug genommen und Änderungen am jetzigen Verfahren gefordert...

Digitalisierung II: Rat und Parlament erreichen vorläufige Einigung zum Datengesetz

Am 27. Juni 2023 haben der Rat der EU und das EU-Parlament eine vorläufige Einigung zu einer neuen Verordnung über harmonisierte Vorschriften für einen fairen Datenzugang und eine faire Datennutzung erreicht (zuletzt Brüssel Aktuell 4/2022). Das sogenannte Datengesetz ist die zweite wichtige Gesetzgebungsinitiative, die auf der europäischen [Datenstrategie](#) der EU-Kommission vom Februar 2020 beruht (zuletzt Brüssel Aktuell 7/2020)...

Digitalisierung III: Einigung über europäische digitale Identität (eID) erzielt

Am 29. Juni 2023 haben der Rat der EU und das EU-Parlament eine vorläufige politische Einigung über die europäische digitale Identität ([eID](#)) erreicht (zuletzt Brüssel Aktuell 3/2023). Die Überarbeitung der [eIDAS-Verordnung](#) von 2014 hat das Ziel, Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürgern einen mobilen und sicheren Zugang zu grenzüberschreitenden öffentlichen und privaten Dienstleistungen in der EU zu gewährleisten. Gemäß dem Vorschlag müssen die Mitgliedstaaten nach einer obligatorischen Zertifizierung und unter Verwendung gemeinsamer technischer Normen eine solche digitale Brieftasche ausstellen...

EU-Haushalt: Kommission legt Jahreshaushaltsplan für 2024 vor

Am 7. Juni 2023 legte die EU-Kommission einen [Haushaltsentwurf](#) für das Jahr 2024 sowie die dazugehörigen [Arbeitspapiere](#) vor. Der Entwurf sieht einen Haushalt in Höhe von 189,3 Mrd. €, sowie Zahlungen des Aufbauprogramm „Next Generation EU“ um ca. 113 Mrd. € vor. Trotz zahlreicher Herausforderungen wie der gestiegenen Inflation und die Zeit nach der Pandemie, hält die Kommission an den politischen Prioritäten fest...

Nachhaltigkeitsziele: Parlament veröffentlicht EntschlieÙung zu SDGs

Am 15. Juni 2023 nahm das EU-Parlament eine [EntschlieÙung](#) zu der Umsetzung und Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) an. Da bis Ablauf der Frist für die Verwirklichung der [Agenda 2030](#) für nachhaltige Entwicklung und ihrer 17 Ziele nur noch sechseinhalb Jahre verbleiben, zieht das Parlament eine Halbzeitbilanz der vergangenen sieben Jahre und gibt Empfehlungen im Hinblick den Finanzrahmen ab. Dabei hebt das Parlament u. a. die Schlüsselrolle der Regionen und Städte hervor, wobei die OECD schätzt, dass 65 % der Nachhaltigkeitsziele ohne deren Koordinierung und Beteiligung durch die Regionen und Städte nicht erreicht werden können...

Europawahl: Parlament fordert Schutz vor Einflussnahme aus dem Ausland

Bereits am 1. Juni 2023 forderte das EU-Parlament im Rahmen einer [Entschließung](#) die EU-Kommission zur Erstellung einer koordinierten EU-Strategie auf, die den Schutz der kommenden Europawahlen vor Einflussnahme, Desinformationskampagnen und gezielten Angriffen auf die Demokratie aus dem Ausland zum Ziel hat. Mit Bezug auf Russland und China fordert eine große Mehrheit der Europaabgeordneten insbesondere das Unterbinden vom Zustrom illegaler Finanzströme, die Einfluss auf politische Verfahren nehmen können, und von Spenden von Drittstaaten an politische Parteien auf...

In eigener Sache

Datenschutz: Aktualisierung unserer Hinweise zur DSGVO

Sehr geehrte Leserinnen und Leser von Brüssel Aktuell,

wir möchten Sie turnusmäßig gerne auf ein paar Regelungen zum Datenschutz nach der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) hinweisen: Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen des Versands des Newsletters Brüssel Aktuell ist eine Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 UA 1 lit. a DSGVO, die Sie uns konkludent oder ausdrücklich gegeben haben, als Sie uns baten, Sie auf den Verteiler aufzunehmen. Sie haben jederzeit das Recht der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu widersprechen und Ihre Einwilligung zu widerrufen, z. B. durch E-Mail an das jeweils einschlägige Europabüro der bayerischen (info@ebbk.de), baden-württembergischen (sekretariat@europabuero-bw.de) bzw. sächsischen Kommunen (sekretariat@europabuero-sn.de). Wir werden Ihre personenbezogenen Daten dann unverzüglich löschen. Bei weiteren Fragen zum Thema Datenschutz können Sie sich gerne an uns wenden.

Ihr Brüssel Aktuell-Team

Umzug der Bürogemeinschaft: Neue Adresse ab August

Ab 1. August 2023 wird die Bürogemeinschaft der bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen neue Büroräumlichkeiten beziehen. Sie finden uns dann wie gewohnt in der Rue Guimard, aber statt Rue Guimard 7, 1. Stock, ist unsere neue Büroadresse ab August die Rue Guimard 1, 7. Stock. (LM)

Sommerpause: Resümee und Ausblick

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Ausgabe von *Brüssel Aktuell* ist die letzte vor der Sommerpause. Die nächste Ausgabe (*Brüssel Aktuell* 14/2023) erscheint am **15. September 2023**.

Das erste Halbjahr 2023 unter schwedischem Ratsvorsitz (*Brüssel Aktuell* 1/2023) – gefolgt vom spanischen Vorsitz seit Anfang Juli (diese Ausgabe) – war weiterhin vom Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine sowie den politischen Folgen geprägt. In diesem Zusammenhang berichteten wir verstärkt über die Entwicklungen auf EU-Ebene zu den aktuellen Entwicklungen im Bereich Migration, insb. den Diskussionen und Verhandlungen im Parlament und Rat der EU zum Asyl- und Migrationspaket (v a. *Brüssel Aktuell* 3, 5, 7, 12, 13/2023). Das gemeinsame Positionspapier der Bürogemeinschaft zu Migration finden Sie [hier](#) (*Brüssel Aktuell* 12/2023).

Im Klima- und Energiebereich beschäftigte uns des Weiteren der Fortgang des Grünen Deals bzw. die weiteren Schritte des „Fit for 55“-Pakets im Gesetzgebungsprozess (*Brüssel Aktuell* 5, 7/2023). Wir berichteten insb. über den Klima-Sozialfonds (*Brüssel Aktuell* 1/2023), den Gesetzgebungsprozess zum Verordnungsvorschlag Wiederherstellung der Natur (*Brüssel Aktuell* 11, 12/2023), zu dem wir ein kommunales [Positionspapier](#) erstellten sowie der Gebäudeenergieeffizienz-Richtlinie (*Brüssel Aktuell* 13/2023). Zudem war die Finalisierung der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie Thema (*Brüssel Aktuell* 11/2023). Ein zentraler Schwerpunkt für die Bürogemeinschaft war und ist der Vorschlag zur Neufassung der Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser. Das gemeinsame [Positionspapier](#) der Bürogemeinschaft war darüber hinaus Grundlage für ein Fachgespräch mit Expert:innen aus den kommunalen Trägerverbänden, EU-Abgeordneten und weiteren Stakeholdern im Europäischen Parlament Ende Mai (*Brüssel Aktuell* 5/2023). Zusätzlich bekräftigten wir die kommunale Unterstützung für die Erweiterte Herstellerverantwortung durch ein entsprechendes [Papier](#).

Weitere kommunalrelevante Themen waren u. a. die Halbzeitüberprüfung des Mehrjährigen Finanzrahmens durch den Ausschuss der Regionen (*Brüssel Aktuell* 10/2023) und die Ankündigung von Aufrufen diverser Förderprogramme wie Horizont Europa oder CERV (*Brüssel Aktuell* 2,4,5/2023) sowie im EU-Parlament geforderte Erleichterungen beim Kommunalwahlrecht (*Brüssel Aktuell* 3/2023) und das Sozialwirtschaftspaket der EU-Kommission (diese Ausgabe).

Ein zentrales kommunales Thema im ersten Halbjahr 2023 war die Beihilfe-Thematik (*Brüssel Aktuell* 5, 8, 9/2023); das baden-württembergische und bayerische Europabüro verfassten hierzu Anfang des Jahres ein [Positionspapier](#) zur Freistellung geringer Beihilfebeträge – DAWI-De-minimis-Beihilfen sowie De-minimis-[Beihilfen](#). Wir berichteten weiter über Digitalisierungsthemen wie dem Gesetz zur Interoperabilität, die digitale Dekade und den Richtlinien zu digitalen und kritischen Infrastrukturen (*Brüssel Aktuell* 1/2023), sowie Entwicklungen rund um die EUid-Brieftasche (*Brüssel Aktuell* 3/2023, diese Ausgabe). (LM)

Wir bedanken uns herzlich bei unseren treuen Leserinnen und Lesern. Die Bürogemeinschaft freut sich darauf, Sie auch nach der Sommerpause wieder mit kommunalrelevanten Informationen aus Brüssel auf dem Laufenden zu halten.

Wir wünschen Ihnen einen schönen Sommer und eine erholsame Urlaubszeit!

Die Europabüros der bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen.

BRÜSSEL AKTUELL

14/2023

7. Juli bis 15. September 2023

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Digitalisierung: Einigung bei der Verordnung zur Chipversorgung

Der Rat billigte am 25. Juli 2023 die neue [Verordnung](#) zur Chipversorgung der EU (zuletzt Brüssel Aktuell 17/2022). Durch diese werden Projekte unterstützt, die die Versorgungssicherheit erhöhen und die Position der EU im Bereich der Halbleiter weltweit stärken. Grund für die Verordnung sind die Defizite in den globalen Lieferketten. Auswirkungen zeigen sich durch steigende Kosten in der Industrie sowie höhere Preise bei den Verbrauchern...

Datenverkehr: Neuer Angemessenheitsbeschluss zwischen USA und EU erlassen

Am 10. Juli 2023 hat die EU-Kommission den Angemessenheitsbeschluss für den [Datenschutzrahmen](#) (englischsprachig) EU-USA erlassen. Der Angemessenheitsbeschluss gehört zu den in der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) vorgesehenen Instrumenten für die Übermittlung personenbezogener Daten aus der EU in Drittländer. In dem Beschluss wird festgelegt, dass die USA ein mit der EU vergleichbares Schutzniveau für personenbezogene Daten, die innerhalb des neuen Rahmens aus der EU an US-Unternehmen übermittelt werden, gewährleisten...

Wirtschaft: Sommerprognose weist auf geringere Wachstumsdynamik in der EU hin

Am 11. September 2023 veröffentlichte die EU-Kommission die [Sommerprognose](#) (englischsprachig) zur wirtschaftlichen Entwicklung in der EU und ihren Mitgliedstaaten in den Jahren 2023 und 2024. Mit dieser Prognose werden die in der letzten Frühjahrsprognose (Brüssel Aktuell 10/2023) vorgestellten Trends des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und der Inflation u. v. a. aktualisiert. Für 2023 wird demnach ein etwas niedrigeres Wirtschaftswachstum als im Frühjahr mit einem Wert von nun 0,8 % (Frühjahrsprognose: 1,0 %) für die ganze EU sowie für die Eurozone prognostiziert (Frühjahrsprognose: 1,1 %).

Umwelt, Energie und Verkehr

Erneuerbare Energien: Parlament verabschiedet Richtlinie (RED III)

Nach der erfolgten Einigung im Trilog zwischen EU-Parlament, Rat und EU-Kommission im März dieses Jahres hat am 12. September 2023 das Plenum in Straßburg die Erneuerbare-Energien-[Richtlinie](#) (RED III) mit großer Mehrheit von 470 zu 120 Stimmen bei 40 Enthaltungen förmlich angenommen. Darin wird der Anteil der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch in der EU bis 2030 auf 42,5 % festgelegt. Die soll jedoch nur ein Mindestziel darstellen, da die Mitgliedstaaten einen Anteil von 45 % anstreben können (Art. 3 Abs. 1)...

EU-Bodendeal: Richtlinie zur Bodenüberwachung und -resilienz

Die EU-Kommission hat am 5. Juli 2023 ein [Maßnahmenpaket](#) vorgestellt, das die Bodengesundheit wiederherstellen und einen nachhaltigeren Umgang mit Bodenressourcen gewährleisten soll. Laut Darstellung der Kommission befänden sich aktuell 60 bis 70 % der Böden in der EU in einem kritischen Zustand. Zudem wird die Gesundheit der Böden durch den voranschreitenden Klimawandel in Form von Erosionen und intensiven Hitzewellen zusätzlich belastet. Eine vorgeschlagene [Richtlinie](#) zur Bodenüberwachung soll nach Vorstellung der Kommission zur Naturschutzkomponente des Grünen Deals und zur Umsetzung der Klimaschutzpolitik beitragen und langfristig neue innovative Verfahren in der Landwirtschaft fördern und etablieren helfen...

Luftqualität: Parlament verabschiedet Position

Das EU-Parlament hat am 13. September 2023 in Straßburg seine [Position](#) zur Überarbeitung der [Richtlinie](#) über Luftqualität und saubere Luft für Europa verabschiedet. Insgesamt haben sie damit die bestehende Richtlinie bei den Grenz- und Zielwerten bis 2035 verschärft (Anhang I, Abschnitt I, Abs. 1). Zwar nahmen die Abgeordneten die kommunale Forderung bezüglich der Berücksichtigung weiterer Politikfelder der EU auf, u. a. Klima-, Verkehr- und Energiepolitik, halten aber dennoch am Fokus von ambitionierten Grenz- und Zielwerten vorwiegend fest (Art. 1, Abs. 3)...

Trinkwasser: Bericht über Ausschluss aus der Konzessionsrichtlinie

Am 28. Juli 2023 veröffentlichte die EU-Kommission ihren [Bericht](#) über die Anwendung der Richtlinie [2014/23/EU](#) über die Konzessionsvergabe und über die Auswirkungen der Ausschlüsse nach Artikel 12 auf den Binnenmarkt. Aufgrund der gesellschaftlichen Bedeutung der Wasserwirtschaft und zur Verhinderung von Marktversagen in diesem Bereich erfährt die Wasserwirtschaft in der Konzessionsrichtlinie eine Sonderbehandlung mittels Artikel 12. So gilt die Richtlinie nicht für Konzessionen, die die Bereitstellung und das Betreiben fester Netze zur Versorgung der Allgemeinheit im Zusammenhang mit der Gewinnung betreffen, dem Transport oder der Verteilung von Trinkwasser, bzw. die Einspeisung von Trinkwasser in diese Netze. Sie gilt außerdem nicht für Konzessionen bzgl. Wasserbauvorhaben sowie Bewässerungs- und Entwässerungsvorhaben, sofern die zur Trinkwasserversorgung bestimmte Wassermenge mehr als 20 % der mit den entsprechenden...

Wolf: Kommission startet Datenabfrage

Die EU-Kommission bittet Kommunen, Wissenschaftler:innen und weitere Interessierte sich bis zum **22. September 2023** über die E-Mail-Adresse EC-WOLF-DATA-COLLECTION@ec.europa.eu, mit aktuellen Daten zur Wolfspopulation zu melden. Die Kommission wird auf diesen Daten basierend über den Schutzstatus des Wolfes in der EU entscheiden...

Soziales, Bildung und Kultur

Migration: EU-Asylagentur veröffentlicht Berichte

Am 5. September 2023 legte die EU-Asylagentur (EUAA) mit Sitz in Malta aktuelle [Zahlen](#) (englischsprachig) zu gestellten Asyl-Anträgen in der „EU+“ (d. h. Europäischen Union, Norwegen und die Schweiz) für die erste Jahreshälfte 2023 vor. Demnach beantragten bis Ende Juni rd. 519.000 Personen (inkl. Familienangehöriger) den internationalen Schutzstatus, was einen Anstieg von 28 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ausmacht. Deutschland registrierte mit ca. 30 % den größten Anteil an Asyl-Anträgen vor Spanien (17 %) und Frankreich (16 %)...

Menschen mit Behinderung: Europäischer Behindertenausweis und Parkausweis

Am 6. September 2023 hat die EU-Kommission eine [Richtlinie](#) (englischsprachig) zur Einführung des Europäischen Behindertenausweises und zur Verbesserung des derzeitigen Europäischen Parkausweises für Menschen mit Behinderungen vorgeschlagen...

Rede zur Lage der Union 2023: Fokus auf Grünem Deal, Wirtschaft und Migration

Am 13. September 2023 hielt EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ihre jährliche Rede zur Lage der Union. Dies ist die letzte Rede vor der anstehenden Europawahl, in der neben der Bilanzierung des vergangenen Jahres insbesondere die Pläne und der Kurs für die Aufgaben und Herausforderungen des kommenden Jahres vorgestellt wurden. Die Schwerpunkte für 2024 liegen in den Bereichen Umweltschutz, Migration und Ankurbelung der Wirtschaft durch Entbürokratisierung. Zudem schlägt die Kommission einen strategischen Dialog mit der Landwirtschaft vor...

EU-Kommission: Strategische Vorausschau 2023

Die EU-Kommission präsentierte am 6. Juli 2023 ihre Strategische [Vorausschau](#) 2023 „Nachhaltigkeit und Wohlergehen der Menschen – Herzstück der strategischen Autonomie Europas“ (zuletzt Brüssel Aktuell 15/2021). Der englischsprachige Bericht benennt sechs zentrale Herausforderungen, die soziale und wirtschaftliche Aspekte der Nachhaltigkeit umfassen. Außerdem werden zehn Aktionsbereiche zur Stärkung eines sozialen und wirtschaftlich nachhaltigen Europas empfohlen...

Rechtsstaatlichkeit: Vierter Bericht inkl. länderspezifischer Empfehlungen

Am 5. September 2023 veröffentlichte die EU-Kommission den vierten [Bericht](#) zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union. Die Kommission untersuchte hierzu Entwicklungen in den vier Bereichen Justizreformen, Korruptionsbekämpfung, Freiheit und Pluralismus der Medien sowie institutionelle Gewaltenteilung. Erstmals untersucht wurde auch, wie die Mitgliedstaaten die Empfehlungen des Vorjahres umsetzten. Kritisiert wird u. a. die Unabhängigkeit der Justiz in Polen und Kroatien...

Berufsqualifikationen: Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland

Am 14. Juli 2023 [leitete](#) die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren durch Übersendung eines Aufforderungsschreibens an die Bundesrepublik Deutschland aufgrund mangelhafter Umsetzung der Richtlinie [2005/36/EG](#) über Berufsqualifikationen ein. Die Richtlinie erleichtert die Mobilität von Berufstätigen und die grenzüberschreitende Anerkennung von Qualifikationen und soll dem Fachkräftemangel in der EU entgegenwirken...

Europäische Bürgerinitiative: Entschließung des Parlaments

Das EU-Parlament hat am 13. Juni 2023 eine [Entschließung](#) zur Europäischen Bürgerinitiative ([EBI](#)) angenommen, in der sie die Relevanz der EBI für Europa und die Demokratie bekräftigt. Durch die Möglichkeit zur aktiven Teilhabe am Gesetzgebungsprozess der EU werde dadurch die partizipative Demokratie auf EU-Ebene gestärkt und mehr Bewusstsein für die EU-Politik im Alltag geschaffen...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

EU-Förderungen: Parlament veröffentlicht Leitfaden 2023

Bereits am 16. Juni 2023 veröffentlichte der Wissenschaftliche Dienst des EU-Parlaments (EPDS) einen umfassenden und allgemeinen [Leitfaden](#) zu EU-Förderprogrammen. Dieser richtet sich nach Darstellung des Parlaments u. a. an regionale und lokale Gebietskörperschaften und soll in die vielfältige und breite europäische Förderlandschaft einführen und hierüber informieren...

EU-Städteagenda: Aufruf zu Zusammenarbeit bei Food und Cities of Equality

Die EU-Städteagenda hat im Juli dazu aufgerufen, auf freiwilliger Basis sich an neuen Arbeitsgruppen zu den Themen Food oder Cities of Equality zu beteiligen. Die EU-Städteagenda bringt zu unterschiedlichen Themen die EU-Kommission, nationale Ministerien, Kommunen und weitere Interessenträger zusammen, um bessere Gesetze, einen leichteren Zugang zu Fördermitteln und den Wissensaustausch über für Städte relevante Themen zu fördern...

Europäische Woche der Regionen und Städte: Anmeldungen sind ab jetzt möglich

Anmeldungen für die 21. Europäischen Woche der Regionen und Städte sind von nun an [möglich](#) (englischsprachig). Sie findet vom 9. bis 12. Oktober 2023 in Brüssel unter dem Motto „Thriving Regions, Stronger Europe“ statt und wird von der EU-Kommission Zusammenarbeit mit dem Ausschuss der Regionen (AdR) organisiert...

BRÜSSEL AKTUELL

15/2023

15. bis 29. September 2023

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Nachhaltige Finanzen: EU-Kommission stellt Maßnahmenpaket vor

Bereits am 13. Juni 2023 veröffentlichte die EU-Kommission im Rahmen einer [Mitteilung](#) ein Maßnahmenpaket für ein nachhaltiges Finanzwesen. Dieses Paket soll im Rahmen der Erreichung der Pariser Klimaziele und zur Umsetzung des Grünen Deals Unternehmen und den Finanzsektor unterstützen, indem sie die private Finanzierung von Übergangprojekten und -technologien fördern und Finanzströme zu nachhaltigen Investitionen erleichtern soll (zuletzt Brüssel Aktuell 10/2021). Das vorgestellte Paket setzt sich aus mehreren Teilen zusammen: Unter anderem wurden Veränderungen an relevanten delegierten Rechtsakten zur EU-Taxonomie vorgeschlagen; ferner wurde ein [Verordnungsvorschlag](#) über die Transparenz und Integrität von Anbietern von Umwelt-, Sozial- und Governance-Ratings (Environmental, Social and Governance (ESG)) vorgestellt, die die Transparenz auf dem Markt für nachhaltige Investitionen erhöhen sollen; sowie die Einführung von Europäischen Nachhaltigkeitsberichtsstandards (European Sustainability Reporting Standards (ESRS)) gemäß der Richtlinie [2022/2464/EU](#) angekündigt...

Kurzzeitvermietungen: Parlamentsausschuss legt Position fest

Am 19. September 2023 legte sich der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) des EU-Parlaments einstimmig (bei einer Enthaltung) auf eine [Position](#) (englischsprachig) zur Verordnung über die Erhebung und den Austausch von Daten im Zusammenhang mit Dienstleistungen im Bereich der kurzfristigen Vermietung von Unterkünften und zur Änderung der Verordnung [2018/1724/EU](#) fest...

NextGenerationEU: Deutschland stellt den ersten Zahlungsantrag

Deutschland reichte am 15. September 2023 im Rahmen des Wiederaufbaufonds [NextGenerationEU](#) bei der EU-Kommission den ersten Zahlungsantrag in Höhe von 3,97 Mrd. € ein. Die Zuschüsse sollen u. a. in die Elektromobilität, die Wasserstoffforschung, die Förderung der Mikroelektronik, Maßnahmen für mehr Digitalisierung und in die öffentliche Verwaltung investiert werden. Deutschland hat zudem seinen nationalen [Aufbauplan](#) (englischsprachig) überarbeitet...

Digitalisierung I: Verordnung zur Chipsversorgung tritt in Kraft

Die [Verordnung](#) zur Chipsversorgung trat am 21. September 2023 in Kraft (zuletzt Brüssel Aktuell 14/2023). Damit kann die Umsetzung des wichtigsten Teils der Initiative „Chips für Europa“ beginnen. Mit dem Inkrafttreten der Chipsverordnung wird die Arbeit des neu eingerichteten Europäischen Halbleiterrausschusses formell aufgenommen...

Digitalisierung II: ITRE positioniert sich zur Gigabit-Infrastrukturverordnung

Am 19. September 2023 verabschiedete der ITRE-Ausschuss des EU-Parlaments seinen Kompromisstext zur Gigabit-Infrastrukturverordnung (GIA). Dieser behält einige zentrale Regeln aus dem Vorschlag der EU-Kommission bei, fügt aber auch neue Aspekte hinzu...

Digitalisierung III: Kommission legt ersten Bericht zur digitalen Dekade vor

Am 27. September 2023 veröffentlichte die EU-Kommission den ersten [Bericht](#) (derzeit nur englischsprachig) zum Stand der digitalen Dekade. Hintergrund ist das am 9. Januar 2023 in Kraft getretene [Politikprogramm 2023](#) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 (Brüssel Aktuell 1/2023). Schwerpunktmäßig wird die Verbesserung digitaler Kompetenzen und Infrastruktur sowie die Digitalisierung der Unternehmen und der öffentlichen Dienste angestrebt. Im Rahmen dessen wurden Ziele festgelegt, deren Erreichung jährlich im Bericht zum Stand der digitalen Dekade überprüft werden...

Soziales, Bildung und Kultur

Migration I: Aktuelle Entwicklungen im Rat der EU und in der Kommission

Innenminister-Rat: Fortschritte bei Verhandlungen zur Krisenverordnung

Nachdem sich der Innenminister-Rat auf seiner Sitzung im vergangenen Juni zur Asyl- und Migrationsmanagement-Verordnung (AMMVO) sowie zur Asylverfahrensverordnung (AsylVerfVO) mit qualifizierter Mehrheit auf Verhandlungsmandate einigen konnte – beides Kernbestandteile des EU-Gesetzespakets zu Asyl und Migration (Brüssel Aktuell 12/2023) – wurden am 28. September 2023 Fortschritte in Richtung einer Einigung zur Krisenverordnung erzielt ([Verlautbarung](#) Rat, englischsprachig)...

Migration II: Konsultationen zum Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds

Am 28. August 2023 veröffentlichte die EU-Kommission Mitteilungen zu zwei Konsultationen zum Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF), an denen kommunale Akteure auf elektronischem Wege teilnehmen konnten. Eine Konsultation nahm eine Ex-Post-Evaluierung für die abgelaufene Förderperiode [2014-2020](#) zum Gegenstand, wohingegen die zweite Konsultation eine Halbzeitbewertung für die aktuelle Laufende Periode [2021-2027](#) umfasste...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Zur Zukunft Europas: deutsch-französischer Expertenbericht über EU-Reformen

Am 19. September 2023 wurde der [Bericht](#) „Sailing on High Seas: Reforming and Enlarging the EU in the 21st Century“ (englischsprachig) eines zwölfköpfigen deutsch-französischen Expertenteams über mögliche EU-Reformen vorgelegt, der von der deutschen Bundesregierung und von der französischen Regierung beauftragt wurde. Der Bericht fokussiert sich im Kern auf notwendige Reformen, um die EU bereit zu machen für weitere Erweiterungsschritte mit einer höheren Anzahl an Mitgliedstaaten. In erster Linie werden darin die Entscheidungsmechanismen der EU-Organe untersucht und mögliche Reformen aufgezeigt. Dabei wird insbesondere auf die aktuelle Einstimmigkeitsregel im Rat, die weiterhin in einigen Politikbereichen wie der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) gilt, eingegangen...

BRÜSSEL AKTUELL

16/2023

29. September bis 13. Oktober 2023

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Digitales Europa: Ausschreibungen in Höhe von 12 Millionen Euro

Die EU-Kommission veröffentlichte am 28. September 2023 neue Ausschreibungen im Rahmen des Programms [Digitales Europa](#). Für Projekte, die Datenräume für den Tourismus und das kulturelle Erbe schaffen, werden über 12 Mio. € bereitgestellt. Hierbei soll die Stärkung der digitalen Kapazitäten in der gesamten EU gefördert werden. Die Aufforderungen richten sich u. a. an Unternehmen und öffentliche Verwaltungen...

Beihilferecht: Kommission plant Forum

Bereits am 19. September 2023 informierte die EU-Kommission über ihren [Plan](#), ein Gemeinsames Europäisches Forum für wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischen Interessen (IPCEI) zu initiieren. Bei [IPCEI](#) („Important Project of Common European Interest“) handelt es sich um Vorhaben, die mittels staatlicher Förderung einen wichtigen Beitrag zu Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie und Wirtschaft leisten sollen...

Umwelt, Energie und Verkehr

Wasser I: Parlamentsposition zum Abwasser verabschiedet

Das Europäische Parlament hat am 5. Oktober 2023 seine [Position](#) zur Überarbeitung der Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser verabschiedet. Dabei konnten im Vergleich zum Ausschussbeschluss Verbesserungen im kommunalen Sinne erreicht werden: a) Der Zukauf von Erneuerbaren Energien von Dritten soll bis zu 40 % möglich sein (vorher: 25 %); b) Die Streichung der Beweislastumkehr. Die Änderungsanträge wurden mit knapper Mehrheit in der Plenarsitzung angenommen...

Wasser II: Fraktionsübergreifender Aufruf für einen European Blue Deal

Eine fraktionsübergreifende Gruppe von Abgeordneten des Europäischen Parlaments hat sich für einen Europäischen Blauen Deal [ausgesprochen](#) (englischsprachig). Damit solle die Europäische Union auf die Wasserprobleme in Europa, u. a. Dürren und Überschwemmungen, reagieren...

Gebäudeenergieeffizienz: Aktualisiertes Online-Tool der Kommission

Die EU-Kommission hat am 31. August 2023 eine aktualisierte [Version](#) (englischsprachig) des EU Building Stock Observatory (EU BSO) veröffentlicht. Dieses Online-Tool dient der Darstellung der Energieeffizienz und Dekarbonisierung von Gebäuden in der gesamten EU...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Kohäsionspolitik: COTER nimmt ersten Entwurf an

Am 26. September 2023 nahm die Fachkommission für Kohäsion und EU-Haushalt (COTER) des Ausschusses der Regionen (AdR) den [Entwurf](#) der Positionierung zur Zukunft der Kohäsionspolitik an. Es wird u. a. gefordert, dass alle europäischen Regionen weiterhin förderfähig bleiben sollen. Des Weiteren wird sich stark dafür ausgesprochen, das Modell der geteilten Mittelverwaltung, die Multi-Level-Governance sowie das Partnerschaftsprinzip als Leitsätze für die Kohäsionspolitik auch nach 2027 beizubehalten...

Forschung und Innovation: Europäisches Startup Village Forum

Im Rahmen des Startup Village Forum richtet sich eine Umfrage an lokale Behörden mit weniger als 5000 Einwohnern, sowie an Verbände von Start-up-Unternehmen und wichtige Interessengruppen im Bereich der ländlichen Innovation. Das Europäische Startup Village [Forum](#) (englischsprachig) wird von der gemeinsamen Forschungsstelle der Europäischen Kommission koordiniert und erleichtert den Austausch von Wissen und Fachkenntnissen über die Förderung gründungsorientierter Innovationen in ländlichen Gebieten...

Soziales, Bildung und Kultur

Migration: Rat einigt sich auf Verhandlungsmandat zur Krisenverordnung

Nachdem sich der Innenminister-Rat auf seiner Sitzung im vergangenen Juni zur Asyl- und Migrationsmanagement-Verordnung (AMMVO) sowie zur Asylverfahrensverordnung (AsylVerfVO) mit qualifizierter Mehrheit auf Verhandlungsmandate einigen konnte – beides Kernbestandteile des EU-Gesetzespakets zu Asyl und Migration – konnte nun gegen die Stimmen Polens und Ungarns und unter Enthaltung Österreichs, Tschechiens und der Slowakei mehrheitlich ein Verhandlungsmandat zur Krisenverordnung beschlossen werden...

Gewalt gegen Frauen: Istanbul-Konvention tritt für die EU in Kraft

Am 1. Oktober 2023 trat das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt für die EU in Kraft. Die sog. [Istanbul-Konvention](#) legt verbindliche Regelungen fest. Sie erkennt an, dass Gewalt gegen Frauen eine Verletzung ihrer Menschenrechte darstellt und zielt zum einen auf die Prävention von Gewalt und zum anderen auf den Schutz und die Unterstützung der Opfer sowie die Verfolgung der Täter ab...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Mehrjähriger Finanzrahmen: Parlament positioniert sich zur Halbzeitrevision

Am 3. Oktober 2023 [positionierte](#) sich das EU-Parlament zum [Vorschlag](#) der EU-Kommission für Anpassungsmaßnahmen des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 (MFR) im Rahmen der Halbzeitrevision. Im Vergleich zu den von der Kommission geforderten Mittel in Höhe von 65,8 Mrd. €, fordern die Abgeordneten zusätzlich 10 Mrd. € für den Zeitraum 2024-2027, um u. a. Bereiche wie Migration, externe Herausforderungen, die strategische Autonomie der EU und die Krisenreaktionsfähigkeiten der EU zu stärken...

Klimaneutrale und intelligente Städte: Mannheim mit Missionssiegel ausgezeichnet

Die EU-Kommission hat am 12. Oktober 2023 zehn europäische Städte mit dem EU-Missionssiegel im Rahmen der Mission „Klimaneutrale und intelligente Städte bis 2030“ [ausgezeichnet](#). Mit dabei ist Mannheim in Baden-Württemberg als einzige deutsche Missionsstadt...

NetZeroCities: Neue Bewerbungsrunde für Mission Cities gestartet

Bis zum **6. November 2023** können sich sog. Mission Cities für das Programm „[NetZeroCities](#)“ (NTZ, englischsprachig) bewerben. Dieses zweijährige Programm soll Städte auf dem Weg zur Klimaneutralität unterstützen. Es ist Teil des Horizont Europa Forschungs- und Innovationsprogramms und soll zur Umsetzung des europäischen Grünen Deals beitragen...

CEF: Förderung von Vorbereitungsstudien grenzüberschreitender Projekte

Die EU-Kommission hat am 21. September 2023 einen Aufruf zur Antragsstellung für Fördermittel bezüglich Vorbereitungsstudien grenzüberschreitender Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien veröffentlicht...

Neues Europäisches Bauhaus: Ausschreibung für NEB-Preise 2024 veröffentlicht

Bis zum **10. November 2023, 19 Uhr**, können Bewerbungen für die [Preise](#) des Neuen Europäischen Bauhauses (NEB) eingereicht werden (zuletzt Brüssel Aktuell 20/2022). Diese werden in folgenden vier Kategorien vergeben: 1) Rückbesinnung auf die Natur, 2) Wiedererlangung des Zugehörigkeitsgefühls, 3) Vorrang für Orte und Menschen, die Unterstützung am stärksten benötigen, 4) Ausgestaltung eines kreislauforientierten industriellen Ökosystems und Unterstützung des Lebenszyklusdenkens...

EU-Förderprogramme: Virtuelle Informationsveranstaltungen 2023

Das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen veranstaltet eine virtuelle EU-Fördermittelreihe. Die Auftaktveranstaltung zum Europäischen Fonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) findet am 20. Oktober 2023 statt. Folgend werden alle zwei Wochen, freitags von 10:00 – 12:00 Uhr über ein aktuelles EU-Förderprogramm informiert. Anmeldungen zu allen Informationsveranstaltungen sind bereits möglich...

BRÜSSEL AKTUELL

17/2023

13. bis 27. Oktober 2023

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Bürokratie: Konsultation zur Abschaffung von Berichtspflichten

Die EU-Kommission veröffentlichte am 17. Oktober 2023 eine [Konsultation](#) zur Abschaffung von Berichtspflichten. Die Konsultation steht im Zusammenhang mit der neuen Ausrichtung der Arbeit der Kommission im Arbeitsprogramm für 2024 (diese Ausgabe)...

Umwelt, Energie und Verkehr

Kommunales Abwasser: Rat legt Standpunkt fest

Am 16. Oktober 2023 positionierten sich die Mitgliedstaaten im Rat der EU zur [Neufassung](#) der Richtlinie zur Behandlung von kommunalem Abwasser mit allgemeinen [Ausrichtung](#). Der Fokus der Verhandlungen lag vor allem darauf, ein Gleichgewicht zwischen der Verbesserung der Richtlinie und deren flexibler Umsetzung bei den Mitgliedstaaten zu schaffen. Der Kommissionsvorschlag zur Einführung einer erweiterten Herstellerverantwortung wurde vom Rat weitestgehend unverändert übernommen...

Energiezukunft Europas: Aktualisierung des SET-Plans

Die Mitteilung zur [Überarbeitung](#) des Strategieplans für Energietechnologien (SET-Plan) wurde am 20. Oktober 2023 von der EU-Kommission veröffentlicht. Diese brachte im Jahr 2007 den SET-Plan auf den Weg, um hiermit einen ersten Schritt zur Festlegung einer Energietechnologiepolitik für die EU zu gehen...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Ausschuss der Regionen: Europäische Woche der Regionen und Städte

Vom 9. bis 12. Oktober 2023 fand die 21. Europäische Woche der Regionen und Städte in Brüssel unter dem Motto „flourierende Regionen, stärkeres Europa“ statt. Mit 220 Workshops und Veranstaltungen waren die vier Tage gefüllt mit spannenden Vorträgen und eine gute Möglichkeit sich zu vernetzen und auszutauschen. Einige der besuchten Veranstaltungen werden im Folgenden in Kürze zusammengefasst vorgestellt:...

Soziales, Bildung und Kultur

Digitalisierung: Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen für ältere Menschen

Im September 2023 veröffentlichte die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte ([FRA](#)) einen [Bericht](#) (englischsprachig) zur Sicherstellung des Zugangs älterer Menschen zu öffentlichen Dienstleistungen in digitalen Gesellschaften (zuletzt Brüssel Aktuell 35/2020). Die Analyse basiert auf Daten aus den EU-Mitgliedstaaten, Nordmazedonien und Serbien...

Demografischer Wandel: Instrumentarium zur Bewältigung vorgestellt

Die EU-Kommission veröffentlichte am 10. Oktober 2023 die [Mitteilung](#) „Demografischer Wandel in Europa: ein Instrumentarium zur Bewältigung der Herausforderungen“ (englischsprachig) und folgt damit einer Aufforderung des Europäischen [Rates](#) vom Juni 2023. Mit dem Instrumentarium sollen die Mitgliedstaaten unterstützt werden, Maßnahmen zur Bewältigung des demografischen Wandels, die dem jeweiligen nationalen und regionalen Kontext entsprechen, zu entwickeln, anzuwenden und zu verbessern sowie die sich ergebenden Vorteile zu nutzen...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Das Arbeitsprogramm der Kommission für 2024

Die EU-Kommission veröffentlichte am 17. Oktober 2023 ihr [Arbeitsprogramm](#) inklusive [Annex](#) für 2024 (bisher nur in englischer Sprache). Dabei sieht die Kommission 18 neue politische Initiativen, 26 Vorschläge zur Vereinfachung von Berichtspflichten, 6 zurückgezogene Vorschläge und 16 Überprüfungen von bestehender Gesetzgebung vor. Das Arbeitsprogramm folgt auf die Ankündigungen der Kommissionspräsidentin von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der Union (Brüssel Aktuell 13/2023)...

In eigener Sache

Veranstaltung I: Die Rolle der Kommunen im europäischen Beihilferecht

Die Europabüros der Kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene sowie der bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen laden zu einer Veranstaltung ein: "Die Rolle der Kommunen im europäischen Beihilferecht". Diese digitale Veranstaltung wird am 21. November 2023 von 10.00 bis 12.00 Uhr stattfinden...

Veranstaltung II: Die Kommunen in der deutschen Inflation 1914-1923

Das Europabüro des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) lädt gemeinsam mit der Bürogemeinschaft der Europabüros der bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen zur Veranstaltung „Die Kommunen in der deutschen Inflation 1914-1923 - Prekäre Steuereinnahmen, Konflikte mit dem Reich und Verschuldung im europäischen Ausland“ ein...

EU-Förderprogramme: Auftaktveranstaltung der Fördermittelreihe

Am Freitag, den 20. Oktober 2023 fand die erste virtuelle Infoveranstaltung im Rahmen der Fördermittelreihe des Europabüros statt (zuletzt Brüssel Aktuell 16/2023). Thema war das EU-Förderprogramm Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)...

BRÜSSEL AKTUELL

18/2023

27. Oktober bis 24. November 2023

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Wirtschaft: Herbstprognose weist auf leichte Erholung hin

Am 15. November 2023 veröffentlichte die EU-Kommission die [Herbstprognose](#) (englischsprachig) zur wirtschaftlichen Entwicklung in der EU und ihren Mitgliedstaaten. Das Wirtschaftswachstum erholte sich 2023 noch kaum, innerhalb der EU wie auch innerhalb des Euro-Währungsgebiet (Eurozone), weswegen jeweils von einem realen BIP-Wachstum von nur 0,6 % ausgegangen wird (Sommerprognose: 0,8 %).

Sofortzahlungen: Vorläufige Einigung zwischen Rat und Parlament

Am 7. November 2023 haben sich das EU-Parlament und die Mitgliedstaaten im Rat der EU vorläufig in Bezug auf eine geplante [Verordnung](#) über Sofortüberweisungen in Euro geeinigt. Danach sollen Zahlungsdienstleister künftig die Versendung und Entgegennahme von Überweisungen in Euro innerhalb von zehn Sekunden rund um die Uhr und an allen Tagen des Jahres ermöglichen. Für die Euro-Sofortzahlungen sollen nicht mehr Gebühren verlangt werden dürfen als für reguläre Überweisungen in Euro...

Umwelt, Energie und Verkehr

Luftqualität: Rat verabschiedet Position und Trilog startet

Die Mitgliedstaaten im Rat haben am 9. November 2023 ihre [Position](#) (englischsprachig) zur Überarbeitung der [Richtlinie](#) über Luftqualität und saubere Luft in Europa verabschiedet. Der Rat hält am Fokus von ambitionierten Grenz- und Zielwerten vorwiegend fest (Art. 1; Annex IV), wobei die [Leitlinien](#) der WHO als Grundlage dienen. Allerdings sind Möglichkeiten von Fristverlängerungen für Gebiete vorgesehen, in denen sich die fristgerechte Einhaltung der Richtlinie aufgrund standortspezifischer Bedingungen als nicht erreichbar erweist (Art. 18)...

Wiederherstellung der Natur: Politische Einigung im Trilog steht

Am 9. November 2023 erzielten das Europäische Parlament, die Mitgliedstaaten im Rat und die EU-Kommission im Trilog eine vorläufige politische [Einigung](#) über eine Verordnung zur Wiederherstellung der Natur. Die Verordnung legt verbindliche Ziele für verschiedene Ökosysteme fest, darunter landwirtschaftliche Flächen, Wälder und städtische Grünflächen. Die Mitgliedstaaten müssen dadurch Maßnahmen ergreifen, um städtische Grünflächen zu vergrößern und sicherstellen, dass es bis Ende 2030 zu keinem Nettoverlust an städtischen Grünflächen kommt...

Grüner Deal I: Vorschlag für Pestizidverordnung abgelehnt

Das EU-Parlament hat am 22. November 2023 einen [Vorschlag](#) der EU-Kommission für eine Verordnung zur nachhaltigen Nutzung von Pestiziden (SUR) abgelehnt (zuletzt Brüssel Aktuell 6/2023). Am Tag der Abstimmung stimmte die Mehrheit der Abgeordnete gegen den Kommissionsvorschlag. Damit hat das Parlament den Vorschlag effektiv abgelehnt und die erste Lesung abgeschlossen...

Grüner Deal II: RED III und Energieeffizienzrichtlinie im Amtsblatt veröffentlicht

Am 20. September 2023 wurde die [Energieeffizienzrichtlinie](#) und am 31. Oktober 2023 die [Erneuerbare-Energien-Richtlinie](#) (RED III) im Amtsblatt der EU veröffentlicht. Die beiden Richtlinien sind Teil des Pakets „Fit für 55“ (zuletzt Brüssel Aktuell 13/23)...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Ausschuss der Regionen: 10. Europäischer Gipfel der Regionen und Städte in Mons

Vom 18. bis 19. März 2024 findet der 10. Europäische Gipfel der Regionen und Städte in der belgischen Stadt Mons statt. Dieser tagt alle zwei Jahre und wird vom Ausschuss der Regionen (AdR) organisiert. Das [10. Gipfeltreffen](#) wird Themen wie Demokratie, nachhaltige Entwicklung, die Zukunft der Europäischen Union und ihre Erweiterung, die notwendige Gewährleistung des sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalts sowie die Bewältigung der Folgen des Ukrainekrieges gewidmet sein...

Kohäsionspolitik: Jährliche REGI-COTER-Sitzung

Im Rahmen der 21. Europäischen Woche der Regionen und Städte vom 9. bis 12. Oktober 2023 fand die jährliche gemeinsame Sitzung des Ausschusses für regionale Entwicklung (REGI) des EU-Parlaments und der Fachkommission für territoriale Kohäsionspolitik und EU-Haushalt (COTER) des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) zum Thema „Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2027“ statt. Die Teilnehmer waren sich einig darüber, dass der langfristige Wohlstand der EU-Regionen weiterhin im Mittelpunkt stehen müsse. Allerdings soll die Kohäsionspolitik auch flexibel auf die anhaltenden Krisen reagieren können...

Soziales, Bildung und Kultur

Migration: EU-Aktionsplan für die östliche Mittelmeerroute

Bereits am 18. Oktober 2023 stellte die EU-Kommission einen [EU-Aktionsplan](#) für die östliche Mittelmeerroute (englischsprachig) vor, der die bereits erstellten Pläne für den Westbalkan, das zentrale Mittelmeer sowie die westliche Mittelmeerroute und die Atlantikroute ergänzen soll (zuletzt Brüssel Aktuell 13/2023). Jeder Aktionsplan enthält gezielte operative Maßnahmen zur Migrationssteuerung entlang der jeweiligen Route...

Antisemitismus: Bericht über antisemitische Vorfälle in Europa

Am 7. November 2023 veröffentlichte die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) den jährlichen [Überblick](#) über die in der EU erfassten antisemitischen Vorfälle (zuletzt Brüssel Aktuell 18/2022). Der diesjährige Bericht präsentiert die im Jahr 2022 erfassten Daten aus den EU-Mitgliedstaaten sowie Albanien, Nordmazedonien und Serbien und gibt einen Überblick über Trends für den Zeitraum von 2012 bis 2022 bzw. den Zeitraum, für den Daten auf Länderebene vorliegen...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Sicherheitsunion: EU-Kommission berichtet über Fortschritt

Die EU-Kommission hat am 18. Oktober 2023 den [6. Fortschrittsbericht](#) über die Umsetzung der [EU-Strategie](#) für die Sicherheitsunion 2020-2025 (zuletzt Brüssel Aktuell 27/2020) angenommen. Die Strategie umfasst die vier Säulen „Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität“, „Ein zukunftstaugliches Sicherheitsumfeld“, „Aufbau einer starken europäischen Sicherheitsgemeinschaft“ und „Umgang mit sich wandelnden Bedrohungen“. Sie wird in Anbetracht der sich wandelnden Bedrohungslage kontinuierlich an die aktuellen Gegebenheiten angepasst...

Europäischer Verwaltungsraum: Vorschläge zu Modernisierung

Am 25. Oktober 2023 stellte die EU-Kommission ihre [Initiative](#) „Den europäischen Verwaltungsraum stärken“ (ComPAct) vor. Diese beruht auf drei Säulen und enthält ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Modernisierung der Verwaltungen in den Mitgliedstaaten sowie für eine stärkere länderübergreifende Zusammenarbeit. Ziel ist es dabei, die Effizienz der Verwaltungen zu steigern und auch EU-Politiken besser umzusetzen...

EU-Erweiterung: Beitrittsverhandlungen mit Ukraine und Moldau

Im diesjährigen Erweiterungspaket sprach die EU-Kommission am 8. November 2023 die [Empfehlung](#) (englischsprachig) aus, die Verhandlungen über einen EU-Beitritt mit der Ukraine und der Republik Moldau zu beginnen. Im Juni 2022 billigte der Rat die Empfehlungen der Kommission und erkannte die „europäische Perspektive“ der Ukraine, der Republik Moldau und Georgiens an, nachdem beide Staaten infolge des Beginns des russischen Angriffskriegs ihren Beitrittswunsch geäußert hatten. Der Ukraine und der Republik Moldau wurde jeweils der Status eines Kandidatenlandes verliehen...

Europäisches Solidaritätskorps: Evaluierung des Programms

Mit dieser öffentlichen [Konsultation](#) zum Europäischen Solidaritätskorps (ESK), die bis zum **5. Februar 2024** geöffnet ist, möchte die EU-Kommission Informationen zur abschließenden Evaluierung des Programms 2018-2020 und zur Zwischenevaluierung des derzeitigen Programms einholen. Bewertet werden sollen die Wirksamkeit, Effizienz, Relevanz, Kohärenz sowie der EU-Mehrwert...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

Kreatives Europa: Aufforderungen zu Projektvorschlägen für das Jahr 2024

Am 27. Oktober 2023 hat das Programm [Kreatives Europa](#) (zuletzt Brüssel Aktuell 8/2023) seine ersten drei Aufforderungen zu Projektvorschlägen für das Jahr 2024 veröffentlicht. Das Programm umfasst Investitionen in Maßnahmen, die der Wahrung, Entwicklung und Förderung der europäischen kulturellen und sprachlichen Vielfalt dienen. Außerdem soll die Wettbewerbsfähigkeit des Kultur- und Kreativsektors gesteigert werden...

In eigener Sache

Veranstaltung: „Das Asyl- und Migrationspaket auf der Zielgeraden?“

Am 8. November 2023 fand die Fachveranstaltung zum Themengebiet Asyl und Migration statt, die von der Bürogemeinschaft der Europabüros der bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen ausgerichtet wurde. An dem Panel nahmen Herr Prof. Dr. Alexis v. Komorowski, Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Baden-Württemberg, Herr Landrat Sebastian Gruber, Landkreis Freyung-Grafenau und dritter Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags, Frau Beate Gminder, stellvertretende Generaldirektorin der DG Home der EU-Kommission und Herr Wolfgang Hammer, Leiter des Bereichs Innenpolitik 1 der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschlands bei der EU, teil. Die Panel-Teilnehmenden waren sich einig, dass das derzeit

verhandelte Asyl- und Migrationspaket möglichst schnell verabschiedet werden müsse, um die Kommunen zu entlasten...

EU-Förderprogramme: Veranstaltung zu Funding and Tenders und Interreg B

Am Freitag, den 3. November 2023, fand die virtuelle Infoveranstaltung zum Funding and Tenders-Portal, welches für die Beantragung von Fördermitteln notwendig ist, statt. Mit der Unterstützung der CERV-Kontaktstelle wurde zunächst das Portal erklärt und dessen Aufbau. Anschließend wurde im Portal veranschaulicht, wie man Schritt für Schritt einen Antrag stellt und wie sich ein Vorgang gestalten kann...

Veranstaltung: Die Kommunen in der deutschen Inflation 1914 bis 1923

Am 14. November 2023 fand die historische [Veranstaltung](#) zum Thema „Die Kommunen in der deutschen Inflation 1914 – 1923. Prekäre Steuereinnahmen, Konflikte mit dem Reich und Verschuldung im europäischen Ausland“ statt (zuletzt Brüssel Aktuell 17/2023). Bereits seit 2003 wird die historische Veranstaltung jährlich durch das Europabüro des Deutschen Städte- und Gemeindebunds (DStGB) in Zusammenarbeit mit der Bürogemeinschaft der bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen abgehalten. Pandemiebedingt war dies jedoch die erste historische Veranstaltung seit 2019...

Veranstaltung: Die Rolle der Kohäsionspolitik im grünen und digitalen Wandel

Am Mittwoch, den 29. November 2023, findet ab 12:30 Uhr eine vom Staatsministerium Baden-Württemberg und vom Europabüro der baden-württembergischen Kommunen organisierte Veranstaltung zur Rolle der Kohäsionspolitik im grünen und digitalen Wandel in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der Europäischen Union in Brüssel statt. Hierbei werden Vertreterinnen und Vertretern der kommunalen Ebene aus Baden-Württemberg, der EU-Kommission und des EU-Parlaments darüber diskutieren, welche Ausgestaltungen und Zielsetzungen die Kommunen und das Land Baden-Württemberg bei der Kohäsionspolitik in Zukunft erwarten...

BRÜSSEL AKTUELL

19/2023

24. November bis 15. Dezember 2023

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Kurzzeitvermietungen: Politische Einigung zwischen Rat und Parlament

Am 16. November 2023 einigten sich Rat, EU-Parlament und EU-Kommission nach finalen Trilogverhandlungen auf eine politische [Einigung](#) (englischsprachig) bzgl. des [Vorschlags](#) der Kommission vom 7. November 2022 für eine Verordnung über die Erhebung und den Austausch von Daten im Zusammenhang mit Dienstleistungen im Bereich der kurzfristigen Vermietung von Unterkünften und zur Änderung der Verordnung [2018/1724/EU](#) zur Einrichtung eines einheitlichen digitalen Zugangstors (Brüssel Aktuell 19/2022)...

Beihilferecht I: Neue Verordnungen zu De-Minimis & DAWI-De-Minimis ab 2024

Die EU-Kommission hat am 13. Dezember 2023 die überarbeiteten Verordnungen zu De-Minimis-Beihilfen ([De-Minimis](#)) sowie zu DAWI-De-Minimis-Beihilfen (Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse; [DAWI-De-Minimis](#)) veröffentlicht. Diese treten am 1. Januar 2024 in Kraft. Ziel der Kommission ist es nach eigener Darstellung, praxistaugliche Regelungen für die Investitionen im Rahmen des europäischen Grünen Deals, aber auch für den digitalen Wandel zu finden...

Beihilferecht II: Änderung des Befristeten Rahmens zur Krisenbewältigung

Die EU-Kommission hat am 21. November 2023 eine [Änderung](#) des [Befristeten Rahmens](#) für staatliche Beihilfen zur Krisenbewältigung und zur Gestaltung des Wandels angenommen (zuletzt Brüssel Aktuell 5/2023). Demnach wird die Gewährung der begrenzten Beihilfebeträge (Abschnitt 2.1 des Befristeten Rahmens) bis zum 30. Juni 2024 verlängert sowie die Obergrenzen je Unternehmen angehoben: für die Landwirtschaft von 250.000 € auf 280.000 €, die Fischerei und Aquakultur von 300.000 € auf 335.000 € und alle anderen Sektoren von 2 Mio. € auf 2,25 Mio. €...

Vergabe: Weniger Wettbewerb bei öffentlichen Aufträgen laut Rechnungshof

Am 4. Dezember 2023 veröffentlichte der Europäische Rechnungshof (EuRH) einen [Sonderbericht](#) zum öffentlichen Auftragswesen für Bauleistungen, Waren und Dienstleistungen in der EU. Dem Rechnungshof zufolge werden im Bereich der Vergabe öffentlicher Aufträge jährlich rund 2 Billionen € ausgegeben, was 14 % des BIP der EU entspricht. 2014 wurde der EU-Rechtsrahmen für Vergaben zuletzt in größerem Umfang überarbeitet. Das Ziel der Reform von 2014 wurde hingegen nicht erreicht, die Vergabeverfahren insgesamt zu vereinfachen und zu flexibilisieren und zu besseren Ergebnissen im öffentlichen Auftragswesen, bspw. durch einen verbesserten Zugang von kleinen und mittleren Unternehmen zu öffentlichen Aufträgen, zu gelangen...

Gigabit-Infrastrukturverordnung: Rat legt Standpunkt fest

Am 5. Dezember 2023 verständigte sich der Rat der EU auf einen gemeinsamen [Standpunkt](#) zur Gigabit-Infrastrukturverordnung (Brüssel Aktuell 15/2023). Die Grundgedanken des Kommissionsvorschlages wurden im Standpunkt des Rates beibehalten, allerdings forderte der Rat auch Änderungen. So soll beispielsweise der Begriff „stillschweigende Genehmigung“ gestrichen werden und eine Präzisierung von fairen Zugangsbedingungen erfolgen...

Grüner Deal I: Rat legt Standpunkt zur Netto-Null-Industrie-Verordnung fest

Am 7. Dezember 2023 hat der Rat der EU seinen [Standpunkt](#) zu dem [Kommissionsvorschlag](#) der Netto-Null-Industrie-Verordnung festgelegt. Die Netto-Null-Industrie-Verordnung soll als Teil des grünen Industriepfandes dafür sorgen, dass künftig mehr saubere Technologien in der EU produziert werden mit Fokus auf solche, die die Energiewende vorantreiben. Einhergehen soll die Verordnung mit der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU sowie der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Konkret soll die EU bis 2030 in der Lage sein, 40 % ihres Bedarfs an erneuerbaren Energien selbst decken zu können...

Umwelt, Energie und Verkehr

Weltklimakonferenz: Verpflichtung zu erneuerbaren Energien und Energieeffizienz

Am 2. Dezember 2023 hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auf der Weltklimakonferenz in Dubai (COP28) eine von dem Vorsitz der COP28 und über 118 Ländern unterschriebene Globale [Verpflichtung](#) zu erneuerbaren Energien und Energieeffizienz (englischsprachig) vorgestellt. Das Bündnis hat sich zum Ziel gesetzt, die globale, jahresdurchschnittliche Rate an Energieeffizienzverbesserungen bis 2030 von derzeit rund 2 % auf über 4 % zu verdoppeln und die Kapazität der erneuerbaren Energien auf mindestens 11 Terawatt zu verdreifachen...

Energiekrise: Notfallmaßnahmen sollen verlängert werden

Am 28. November 2023 legte die EU-Kommission den EU-Mitgliedstaaten im Rat einen Vorschlag vor, wonach die im Jahr 2022 zur Bewältigung der Energiekrise eingeführten EU-Sofortmaßnahmen (Brüssel Aktuell 14, 16/2022) angesichts der weiterhin angespannten Lage der globalen Energiemärkte um 12 weitere Monate verlängert werden sollen...

Erneuerbare Energien: Aktionsplan für die europäische Windkraftindustrie

Die EU-Kommission veröffentlichte am 24. Oktober 2023 einen Europäischen [Aktionsplan](#) für Windkraft (englischsprachig), der Sofortmaßnahmen für die europäische Windkraftindustrie enthält. Um das Ziel der EU, bis 2030 einen Anteil erneuerbarer Energien von mindestens 42,5 % zu erreichen, bedürfte es einer starken Erhöhung der installierten Windkraftkapazität von 204 GW im Jahr 2022 auf über 500 GW im Jahr 2030...

Grüner Deal II: Kommission schlägt 166 grenzüberschreitende Energievorhaben vor

Am 28. November 2023 hat die EU-Kommission eine delegierte [Verordnung](#) in Bezug auf die Unionsliste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse und Vorhaben von gegenseitigem Interesse mit 166 grenzüberschreitenden Energievorhaben angenommen, die die EU bei der Umsetzung des europäischen Grünen Deals unterstützen sollen. Über die Hälfte der Energievorhaben betreffen die Bereiche Strom, Offshore und intelligente Stromnetze. Weitere Maßnahmen handeln von Wasserstoff- und Elektrolysevorhaben sowie von Vorhaben für CO₂-Netze...

Grüner Deal III: Vorläufige Einigung zu Gebäudeenergieeffizienz-Richtlinie

Am 7. Dezember 2023 haben sich EU-Parlament, EU-Kommission und der Rat der EU im Trilog vorläufig auf eine [Überarbeitung](#) der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD) geeinigt (zuletzt Brüssel Aktuell 5/2023). Nach Darstellung der Verhandler sollen alle neuen Gebäude ab 2030 und alle neuen Gebäude in öffentlicher Hand ab 2028 emissionsfrei sein. Dahingehend entspricht die Einigung eher dem [Vorschlag](#) des Rates von Oktober 2022. Im Hinblick auf Wohngebäude soll der durchschnittliche Primärenergieverbrauch bis 2030 um

mindestens 16 % und bis 2035 um mindestens 20 bis 22 % gesenkt werden. Außerdem sollen die 16 % der Nichtwohngebäude mit der schlechtesten Gesamtenergieeffizienz bis 2030 und die schlechtesten 26 % bis 2033 durch Mindestanforderungen an die Gesamtenergieeffizienz (MEPS) saniert werden...

Grüner Deal IV: Parlament positioniert sich zur Reduzierung von Verpackungsmüll

Das EU-Parlament hat am 22. November 2023 sein [Verhandlungsmandat](#) für eine [Verordnung](#) über Verpackungen und Verpackungsabfälle angenommen (zuletzt Brüssel Aktuell 20/2022). Diese soll zu einer Reduzierung des in der EU erzeugten Verpackungsmülls beitragen. Der Vorschlag der EU-Kommission sah bereits vor, bestimmte Produkte nur noch in wiederverwendbaren Verpackungen bzw. völlig verpackungsfrei anzubieten. Der Standpunkt des Parlaments sieht nun weitergehend vor, dass besonders leichte Plastik-Tragetaschen (unter 50 Mikrometer), außer in wenigen Ausnahmefällen, nicht mehr verkauft werden sollen (Erwägung 73a)...

Gewässerschutz: Konsultation zur Nitratrichtlinie

Bis **8. März 2024** besteht die Möglichkeit einer Teilnahme an der [Konsultation](#) zur Bewertung der [Richtlinie](#) zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen. Angesprochen sind insb. Interessenträger, die an der Umsetzung der Richtlinie beteiligt sind, wie nationale, regionale und lokale Behörden. Die Nitratrichtlinie aus dem Jahr 1991 ist ein integraler Bestandteil der übergeordneten [Wasserrahmenrichtlinie](#) und stellt eine der wichtigsten Rechtsvorschriften in der EU zum Schutz der Gewässer vor landwirtschaftlichen Belastungen dar...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Ländliche Entwicklung: Rat verabschiedet Schlussfolgerungen

Am 20. November 2023 verabschiedete der Rat der Europäischen Union einstimmig seine [Schlussfolgerungen](#) (englischsprachig) zu einer Vision bis 2040 für die ländlichen Gebiete der EU. Damit nimmt der Rat Bezug auf eine [Mitteilung](#) der EU-Kommission vom Juni 2021, in der sie ihre Vision für ländliche Gebiete darlegte (Brüssel Aktuell 12/2021) und in Zuge dessen Ende 2021 einen „Pakt für den ländlichen Raum“ und ein EU-Aktionsplan initiierte (Brüssel Aktuell 1/2022). Generell betont der Rat die Rolle der ländlichen Gebiete beim grünen Wandel, bei der Erhaltung des kulturellen Erbes sowie die Bedeutung der Landwirtschaft und Nahrungsmittelsicherheit (S. 3)...

Kohäsionspolitik nach 2027: Rat billigt Schlussfolgerungen

Der Rat der EU hat am 30. November 2023 seine [Schlussfolgerungen](#) zur Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2027 (zuletzt Brüssel Aktuell 18/2023) gebilligt. Demnach müsse die Kohäsionspolitik eine tragende Säule der EU bleiben und weiterhin die harmonische Entwicklung der Union als Ganzes fördern, sowie den Zusammenhalt stärken. Die besondere Aufmerksamkeit gelte den ländlichen Gebieten, den vom industriellen Wandel betroffenen Gebieten und den Gebieten mit schweren und dauerhaften natürlichen und demografischen Nachteilen...

Buchankündigung: Mit Teilhabe zur urbanen Transformation

Im November 2023 erschien ein im Rahmen des Programms „Zukunftsstadt Goes Europe“ und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanzierter Sammelband mit dem Titel „Participation for Transformation: Concepts, Approaches, and Insights for European Cities“. Dieser bietet einen umfassenden Einblick in die Bürgerbeteiligung im urbanen Raum, kombiniert mit praktischen Erfahrungen aus fünf Städten, wobei Schlüsselthemen der nachhaltigen Stadtentwicklung wie Resilienz, Klimaanpassung, nachhaltige Mobilität und Digitalisierung behandelt werden...

Fachkräftemangel: Verordnungsvorschlag zur Einrichtung eines Talentpools

Am 15. November 2023 veröffentlichte die EU-Kommission einen [Vorschlag](#) für eine Verordnung zur Einrichtung eines EU-Talentpools. Der Verordnungsvorschlag ist nach Darstellung der Kommission als Bestandteil des Gesetzespakets zu Asyl und Migration (zuletzt Brüssel Aktuell 12/2023) zu sehen und soll Fachkräften aus Drittländern Möglichkeiten zur legalen Migration eröffnen. Die Beteiligung der EU-Mitgliedstaaten an der Online-Stellenbörse, die Arbeitgeber in der EU mit Arbeitsuchenden aus Drittländern zusammenbringen soll, soll freiwillig sein. Ziel ist es, dem aktuellen und künftigen Arbeits- und Fachkräftemangel entgegenzuwirken...

Geschlechtergerechtigkeit: EU verlängert die Laufzeit des Aktionsplanes

Am 21. November 2023 hat die EU die Laufzeit des [Aktionsplanes](#) zur Gleichstellung der Geschlechter (englischsprachig) im auswärtigen Handeln (GAP III) bis zum Ende des derzeitigen mehrjährigen Finanzrahmens im Jahr 2027 verlängert. Die Verlängerung des Aktionsplanes geht somit über die ursprünglich festgelegte Laufzeit bis 2025 hinaus...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

EU-Ratspräsidentschaft: Prioritäten des belgischen Vorsitzes im 1. Halbjahr 2024

Am 1. Januar 2024 übernimmt [Belgien](#) die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union. In den kommenden sechs Monaten wird das Königreich das gemeinsame Programm der [Trio-Präsidentschaft](#) (Spanien, Belgien und Ungarn) weiterverfolgen. Aufbauend darauf hat Belgien in seinem [Arbeitsprogramm](#) „Schützen, Stärken, Vorausschauen“ sechs Prioritäten definiert. Der Vorsitz zielt auf einen besseren Schutz der europäischen Bürger, eine verstärkte Zusammenarbeit sowie auf die Vorbereitung einer gemeinsamen Zukunft ab. Belgien rückt ebenfalls die Unterstützung der Ukraine in den Mittelpunkt und möchte ferner die Verabschiedung der Strategischen Agenda 2024-2029 für die Zeit nach den Europawahlen 2024 unterstützen. In Belgien finden Parlamentswahlen parallel zu den Wahlen zum EU-Parlament am 9. Juni 2024 statt...

Zur Zukunft Europas: Parlament spricht sich für Änderung der Verträge aus

Am 22. November 2023 sprach sich das EU-Parlament mit einer Mehrheit 291 Stimmen dafür und 274 dagegen (bei 44 Enthaltungen) für eine [EntschlieÙung](#) aus, die Vorschläge für eine Reform der EU auführt. Dies geschah vor dem Hintergrund von laufender Reformdiskussion, die sich auf die zurückliegende Konferenz zur Zukunft Europas bezieht (zuletzt Brüssel Aktuell 15/2023). Ein Fokus der Vorschläge liegt auf den Kompetenzverteilungen zwischen den EU-Institutionen. Das Parlament fordert eine generelle politische Aufwertung der Kommission in Richtung einer „echten“ Regierung, die sich auf politische parlamentarische Mehrheiten stützt. Dem Parlament soll ein Initiativrecht für neue Gesetzesvorhaben zugestanden werden, der Rat soll derweil transparenter arbeiten...

EuGH: Vorläufige Einigung auf Reformen

Am 7. Dezember 2023 einigten sich Rat, EU-Parlament, EU-Kommission und der Europäische Gerichtshof (EuGH) in interinstitutionellen Verhandlungen auf eine [Reform](#) (englischsprachig) der EuGH-Satzung. Im Jahr 2022 stieß der EuGH mit einem [Vorschlag](#) (englischsprachig) die Reform des bisherigen [Protokolls Nr. 3](#) über die Satzung des Gerichtshof mit dem Ziel an, die Arbeitsbelastung des Gerichts durch eine angepasste Aufgabenverteilung zu verringern und damit die Arbeitsweise des Gerichts insgesamt zu verbessern. Gemäß der vorläufigen politischen Einigung soll die Zuständigkeit für Vorabentscheidungen in bestimmten Bereichen auf das Gericht der EU (EuG, früher: Gericht der 1. Instanz) übertragen werden, während der EuGH für Grundsatzfragen wie die Auslegung der Verträge oder der Grundrechtecharta zuständig bleibt...

EU-Haushalt: Einigung für 2024 erzielt

Der Rat und das EU-Parlament haben am 11. November 2023 eine Einigung über den [Jahreshaushaltsplan](#) der EU für 2024 erzielt. Die Mittel für Verpflichtungen, darunter fallen rechtsverbindliche Zusagen über Ausgaben für Maßnahmen, die über mehrere Jahre hinweg durchgeführt werden, beläuft sich auf 189. Mrd. €. Mehr Geld gebe es unter anderem für die Bewältigung der Folgen des Krieges in der Ukraine und globaler Herausforderungen, Forschung, die Unterstützung junger Menschen – etwa durch das Erasmusprogramm – sowie grüne Ausgaben...

Interoperabilität: Einigung zwischen Rat und Parlament erzielt

Am 13. November 2023 einigten sich das EU-Parlament und der Rat auf eine [Interoperabilitätsverordnung](#), die legale, organisatorische, semantische und technische Hürden reduzieren und damit die digitale grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Verwaltungen in Europa erleichtern soll. Wesentliche Bestandteile der Einigung stellen ein mehrschichtiger Steuerungsrahmen mit einem neuen EU-Interoperabilitätsbeirat sowie nationalen Koordinatoren und Leitlinien für eine strukturiertere Zusammenarbeit bei grenzübergreifenden Digitalisierungsvorhaben bzw. zur Nutzung „regulativer Sandkästen“ dar...

Katastrophenschutz: Rat nimmt Beschluss über Finanzierung von Löschflugzeugen an

Am 22. November 2023 hat der Rat der EU eine [Verlängerung](#) der Übergangsmaßnahmen bis Ende 2027 zugestimmt. Die Mitgliedstaaten erhalten weiterhin EU-Mittel für das Leasing von Löschflugzeuge und -hubschrauber, bis eine ständige und kommende EU-Flotte zur Brandbekämpfung den Betrieb starten könne. Im bereits festgelegten Rahmen von rescEU (zuletzt Brüssel Aktuell 12/2022) solle dementsprechend in Überforderungssituationen, in denen Mitgliedstaaten die Kapazitäten nicht ausreichen seien, Hilfe gewährleistet werden...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

Erasmus+: Kommission veröffentlicht Projektausschreibungen für 2024

Am 28. November 2023 veröffentlichte die EU-Kommission die [Projektausschreibungen](#) des EU-Bildungs-, Jugend- und Sportprogramms Erasmus+ für das Jahr 2024. Im kommenden Jahr wird die EU-Kommission Fördergelder in Höhe von 4,3 Mrd. € bereitstellen. Die individuelle Unterstützung im Ausland lernender Personen soll um 5,6 % angehoben werden, um so die Inflation abzufedern...

In eigener Sache

Stellenausschreibung: Wir suchen Sie - Office Manager/-in (m/w/d)

Das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen hat Platz in seinem Team und freut sich über Unterstützung als Office Manager/-in (m/w/d). Sie sind kommunikativ, arbeiten strukturiert und sind bereit, auch innovative Wege zu gehen. Dann herzlich willkommen bei uns im Europabüro der baden-württembergischen Kommunen!...

Veranstaltung: Die Rolle der Kommunen im Beihilferecht

Die Bürogemeinschaft der Europabüros der bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen hat in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Landkreistag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund am 21. November 2023 eine digitale Veranstaltung vor rund 360 Teilnehmenden zum Thema „Die Rolle der Kommunen im europäischen Beihilferecht“ abgehalten...

Veranstaltung: Die Rolle der Kohäsionspolitik im grünen und digitalen Wandel

Am 29. November 2023 fand eine von den Kommunalen Landesverbänden Baden-Württembergs und vom Staatsministerium Baden-Württemberg organisierte Veranstaltung zur Rolle der Kohäsionspolitik im grünen und digitalen Wandel in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der Europäischen Union in Brüssel statt (zuletzt Brüssel Aktuell 18/2023)..

EU-Förderprogramme: Virtuelle Informationsveranstaltung zu LIFE

Am 1. Dezember 2023 fand im Rahmen der Fördermittelreihe des Europabüros der baden-württembergischen Kommunen (zuletzt Brüssel Aktuell 17/2023) eine virtuelle Informationsveranstaltung zum EU-Förderprogramm L'Instrument Financier pour l'Environnement (LIFE) statt. Dabei handelt es sich um ein Finanzierungsinstrument für Umwelt- und Klimaschutz. Vorgestellt wurde von der LIFE-Beratungsstelle die Teilprogramme Energie, Natur, Klima und Kreislaufwirtschaft..

Bürogemeinschaft: Wir sagen Dankeschön nach Sachsen

Die Europabüros der bayerischen und baden-württembergischen Kommunen bedanken sich bei den Kolleginnen und Kollegen des Europabüros der sächsischen Kommunen und der sächsischen Kommunalverbände für 23 Jahre gemeinsam geleistete Europaarbeit. Das Europabüro der sächsischen Kommunen schließt zum 31. Dezember 2023 seine Tore in Brüssel. Gemeinsam schauen die Europabüros auf eine bereichernde Zusammenarbeit zurück. Ab dem 1. Januar 2024 besteht die Bürogemeinschaft weiterhin durch die bayerischen und baden-württembergischen Kommunen am neuen Standort in der Rue Guimard 1 fort..

Weihnachtspause: Jahresrückblick und Ausblick auf 2024

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Ausgabe von Brüssel Aktuell ist die letzte vor der Weihnachtspause. Die nächste Ausgabe (Brüssel Aktuell 1/2024) erscheint am **19. Januar 2024**.

Das Jahr 2023 und insb. das zweite Halbjahr 2023 unter spanischem Ratsvorsitz (Brüssel Aktuell 13/2023) war weiterhin von Krisen- und Konfliktlandschaften sowie den politischen Folgen und dem Fortgang der Grünen Deal Dossiers geprägt. In diesem Zusammenhang berichteten wir über die Vorlage des Gesetzesvorschlags einer **Bodenüberwachungsrichtlinie** (Brüssel Aktuell 14/2023), zur weiteren Entwicklung im Dossier zur **Luftqualität** (Brüssel Aktuell 14, 18/2023), sowie zu den Wasserdossiers, insb. dem Gesetzesprozess der **Kommunalabwasserrichtlinie** (Brüssel Aktuell 14, 16, 17/2023). Auch über die politische Einigung zum **Wiederherstellungsgesetz der Natur** wurde in unserem Newsletter berichtet, ebenso wie die zu den abgeschlossenen Gesetzen der **Erneuerbaren-Energien-Richtlinie** und der **Energieeffizienz-Richtlinie** (Brüssel Aktuell 18/2023).

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Berichterstattung umfasste die aktuellen Entwicklungen zum Thema **Migration** (Brüssel Aktuell 14, 15, 16, 18/2023) und **Digitalisierung** (Brüssel Aktuell 14, 15, 17/2023). Bei letzter genanntem lag der kommunale Fokus auf der **Gigabitinfrastruktur-Verordnung** (diese Ausgabe). Unser **kommunales Positionspapier** dazu können Sie [hier](#) herunterladen. Weiter relevant war u. a. das Thema **Kohäsionspolitik** (Brüssel Aktuell 16, 18, 19/2023). Das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen positionierte sich [dazu](#) und lud gemeinsam mit der baden-württembergischen Landesvertretung zur [Veranstaltung](#) „Die Rolle der Kohäsionspolitik im grünen und digitalen Wandel – Bereit für die Zukunft?“ (diese Ausgabe). In Kooperation mit den Europabüros der kommunalen Bundesverbände und der Bürogemeinschaft fand eine Veranstaltung zum Thema **Beihilfe** statt (diese Ausgabe). Weitere Veranstaltungen der Bürogemeinschaft umfassten ein [Fachexpertengespräch](#) mit dem Titel „Das Asyl- und Migrationspaket auf der Zielgeraden“ sowie eine Kooperations-[Veranstaltung](#) mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund zum Thema „Die Kommunen in der deutschen Inflation 1914 bis 1923“. Das baden-württembergische Europabüro startete überdies eine neue Fördermittel-Veranstaltungsreihe (Brüssel Aktuell 17/2023, diese Ausgabe).

Im nächsten Halbjahr vor der Europawahl (Juni 2024) wird die Finalisierung der Dossiers zum Grünen Deal, der Klima- und Energievorhaben erwartet. Ab 1. Januar 2024 wird Belgien den Ratsvorsitz innehaben. (LM)

Zum Ende des Jahres 2023 verabschiedet sich das Europabüro der sächsischen Kommunen aus Brüssel und verlässt die Bürogemeinschaft (diese Ausgabe). Die Bürogemeinschaft besteht ab 2024 weiterhin aus einer starken Partnerschaft des Europabüros der bayerischen Kommunen und des Europabüros der baden-württembergischen Kommunen.

Wir bedanken uns herzlich bei unseren treuen Leserinnen und Lesern. Die Bürogemeinschaft freut sich darauf, Sie auch nach der Weihnachtspause wieder mit kommunalrelevanten Informationen aus Brüssel auf dem Laufenden zu halten.

Wir wünschen Ihnen besinnliche Weihnachten, eine erholsame Zeit sowie einen guten Start ins neue Jahr!

Die Europabüros der bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen.